

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Aboonementspreis durch Boten vierjährlich 3 RM., durch die Post 3.60 RM. • Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pf. • Platzverhältnisse ausgeschlossen. Postleistung-Konto Hannover Nummer 57813. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zilliat Bochum, Kaiserstraße 34. • Telefon-Nummer 80821. • Telegrammadresse: Allverband Bochum.

Nach den Jubiläumsfeiern.

Die Jubiläumsfeiern des Verbandes, die in allen Bezirken veranstaltet wurden, liegen hinter uns. Wir stehen wieder im Alltagsleben, in der Fron des Kapitals. Trotzdem es dieselben Arbeitsstellen, dieselben Arbeiter sind, scheint die Arbeit doch eine andere zu sein — oder wir sind andere Menschen geworden. Ja, wir fühlen es: die Festtage haben uns zu anderen Menschen gemacht, zu Kämpfern, die heute noch zuversichtlicher in die Zukunft schauen. Zeigten uns doch diese Tage, welche große Menge von Arbeitern hinter den Gewerkschaften steht. Den jungen Kämpfern war es eine Freude, in Gemeinschaft mit den alten, die fast ein Menschenleben gekämpft haben, im Festzuge zu stehen.

Es schien, als ob die alten Kämpfen wieder jung geworden wären, als sie das oft holprige Pflaster nur so unter den Füßen hingleiten ließen. Der Kampf hat sie nicht alt gemacht, sie bleiben ewig jung. Atemlos lauschten wir ihren Erzählungen von Not, Entbehrung und Schikanen seit Bestehen des Verbandes, so daß heimlich der Gedanke in uns auffiel: „Hättest du auch so standgehalten oder hättest du den Schikanen der Unternehmer nachgegeben?“

Sie haben aber den Beweis erbracht, daß der Gedanke an die Befreiung der Menschheit siegte. Und das gibt uns heute doppelte Kampfkraft, spüren wir doch nichts oder ganz wenig von Schikanen. Trotzdem der Fortschritt in diesen vierzig Jahren ein großer ist, zeigt es sich doch täglich, wieviel noch getan werden muß. Das zu vollbringen ist unsere Aufgabe.

Wenn wir in gleichem Tempo auch soviel herausholen wie die Alten, dann kann der Weg nicht mehr weit sein zur vollständigen Befreiung der Arbeiterschaft. Doch wir wollen versuchen, die Alten zu übertrumpfen und es in kürzerer Zeit herausholen. Die alten Kämpfer werden uns deshalb bestimmt nicht böse sein, ist es uns doch auch viel leichter, da wir die Erfahrungen der Alten gut anwenden können.

Ferner ist es uns leichter, Bildung und Schulung zu erhalten durch die vielseitigen Bildungsmöglichkeiten, die sich die Gewerkschaften geschaffen haben in Gewerkschaftsschulen, Büchereien, Kursen und Fachschulen, wo es jedem bildungsfähigen Gewerkschafter ermöglicht wird, sein Wissen zu bereichern, während den Alten gar nichts zur Verfügung stand als ihre eigenen gesammelten Erfahrungen.

Es liegt nun an uns, die Eindrücke der Festtage festzuhalten und dafür zu sorgen, daß die spätere Generation ebenso auf uns mit Dank herabblenden kann, wie wir es unseren Alten schuldig sind. Doch der beste Dank, den wir unseren Alten bringen können, ist die Erhöhung unserer Kampfkraft durch Werbung neuer Mitglieder und durch Einsehen unserer ganzen Kraft für die Befreiung der Arbeiterschaft aus dem kapitalistischen Joch. Und dazu ein herzliches Glück auf!

Was Alfred Piels meint.

„Und nun, Kameraden, geht an die Arbeit, agiert und sorgt dafür, daß den Frauen der Unorganisierten auch das Verständnis für die Organisation aufgeht!“ So schloß der Bezirksleiter seine Rede. Dann meldete sich eine ganze Reihe von Kameraden zu Wort, um nun ihrerseits auch praktische Ratschläge aus ihren Erfahrungen bei der vergangenen Agitation für die neue Werbeperiode zu Gehör zu geben. Eigentümlich: jeder hatte gewichtige Gründe gegen die Frauen, die einem bald jede Werbearbeit verleidet. Da sei der Mann ein Pantoffelheld, weiter ermunterte die Frau ihren Mann zu wenig zum Eintritt in den Verband, auch habe die Frau, wenn auch nur schicket, über die kaum zu tragende Mehrausgabe etwas zu nörgeln.

Kurz und gut: ein großer Teil der Kumpels sei oft bereit, zu uns zu kommen, aber die Frau... die „verdammte“ Frau...!

Jetzt meldete sich Alfred Piels zu Wort. Wie der aber die Vorredner absfahren ließ! So gut ich kann, will ich mal versuchen, euch aus seiner Rede etwas wiederzugeben: „Zuerst“, sagte er, „ist das ja alles Kappes, was ihr gegen die Frauen vorbringt. Ich will wohl zugeben, daß viel an der altmodischen Einstellung der Frauen liegt, wenn man ohne Erfolg aus einem Hause geht. Ich will einen einzigen Fall erzählen. Sagte mir doch die Frau von dem Kumpel Krämer folgendes: „Ich habe ja nichts dagegen, daß mein Mann zu euch in den Verband geht. Aber sehen Sie mal, er spürt von der wöchentlichen Mehrausgabe, die dann eintrete, nichts. Er trinkt sein Glas Bier, oft auch mehr als eins. Seine Laubensksperei kostet auch Geld, und nicht zu knapp. Ich meine, wenn ein Mann im Verband ist, dann muß er auch ein Interesse am Verband haben und sorgen, daß seine Frau die Beiträge zahlen kann. Dagegen kann es aber nicht zahlen. Er braucht zuviel. Sagen Sie meinem Wilhelm, daß er sich ein bishchen einrichten soll, dann geht das.“

„Das war die Frau Krämer“, sagte Alfred Piels, „aber noch einen Fall will ich erzählen:“

Ihr kennt doch auch den Wilm Weber. Lange genug habe ich ihn aufs Korn genommen. Kommt der Bote vorgestern zu mir und sagt, daß Wilm aber nicht berappen will. Ich hin zu ihm. Was muß ich hören? Seine Frau sagt ihm tüchtig zu, im Verband zu bleiben. Es nützt nichts, Wilm meint, wenn seine Frau ihm Sonntags die Groschen zu sehr bekämpft mit der Begründung, er müsse daran denken, daß er jetzt Verbandsmitglied sei und ein

zahlen. Schenkt vielmehr der Tatsache, daß die Frau in dieser Beziehung nicht immer gleich das Richtige denkt, mehr Beachtung und handelt danach. Wenn ihr wißt, daß der Mann wohl möchte, aber die Frau nicht — bitte, macht ihr dann den Hof... ihr versteht mich ja... versucht, der Frau das Wesen, den Zweck und das Ziel unserer Organisation klarzumachen. Ihr werdet dann sehen, daß solche Mitglieder, deren Frauen man so fein mitgewonnen hat, nicht so leicht laufen gehen. Ich mache euch einen Vorschlag: Wessen Frau schon ganz gut den Zweck des Verbandes begriffen hat und gut zu Fuß unter der Nase ist, der soll sie jetzt bei der Agitation mitnehmen. Ihr sollt mal sehen, das klappt bedeutend besser, wenn zwei Frauen sich über solche Dinge unterhalten. Was, da lacht ihr? Ich nehme auf jeden Fall Sonntags meine Therese mit. Wir werden dann sehen, wer Erfolge hat. Das sind meine Worte.“ —

Mehr Tätigkeit!

Bei der Beurteilung der Verbandstätigkeit dürfen wir uns nicht einzeln von persönlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Das ist aber der Fall, wenn ein Mitglied glaubt, der Verband hätte für ihn noch nichts getan, weil er zufälligerweise die Organisation noch für keine persönliche Angelegenheit in Kontrast genommen hat. Die Hauptaufgabe der Organisation besteht gar nicht in der Vertretung der persönlichen Interessen. Sie soll im Gegenteil damit so wenig wie möglich belastet werden. Ihre Hauptziele liegen in der allgemeinen Verbesserung der Existenzbedingungen. Von dieser Tätigkeit hat ja schon jeder unendlich profitiert. Die Einkommensverhältnisse, die Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Urlaub, das Versicherungsweisen, die wirtschaftliche und moralische Stellung, überhaupt alles, was mit unserem Arbeitsverhältnis zusammenhängt, wird vom Verband günstig beeinflußt. Er eignet den Boden für die freie Entwicklung des einzelnen. Es ist ganz falsch, zu glauben, man hätte auch ohne den Verband das Ziel erreicht. Ohne die schwere Aderarbeit der Gewerkschaft würde der Boden nicht einmal die Hälfte der jetzigen Früchte tragen. Die Zustände bei nichtorganisierten Arbeitsgruppen bestätigen diese Behauptung.

Trotzlich, die Erfolge des Verbandes kommen nicht von ungefähr. Es ist auch nicht so, daß sie mit der Errichtung der Mitgliedsbeiträge gesichert wären. Der Erfolg des Verbandes hängt in erster Linie vom Geiste ab, der die Mitgliedschaft bestimmt. „Ohne Fleiß kein Preis“ gilt auch hier. Im gleichen Maße, wie sich die Mitgliedschaft zur uneigennützigen Aktion gewerkschaftlicher Tätigkeit zur Verfügung stellt, erhöhen sich die Erfolgschancen. Das mögen sich alle jene merken, denen sich das Rad zu langsam vorwärts dreht. Selbstverständnis ist der erste Schritt zur Besserung; der zweite wird zur Frage führen: „Habe ich eigentlich für den Verband schon etwas getan? —

Ob wir wollen oder nicht, wir sind in eine neue wirtschaftliche Entwicklungspahre eingetreten. Die menschliche Maschine wird immer mehr durch die modernsten Bearbeitungsmittel ersetzte. Die Rationalisierung auf diesem Gebiete geht ins Unerfaßliche. Die Arbeiterschaft hat diesem nach Bevollkommen drängenden Arbeitseinsatz entsprechende Forderungen entgegenzustellen. Die sind: höhere Löhne, Herabsetzung der Arbeitszeit und Arbeitertarifkontrolle sowie Unterstützung der Opfer des Umstellungsvorprozesses.

Die Durchführung dieser drei Hauptpunkte des Minimalprogramms der Gewerkschaften ist genügender Schutz einer in der Nationalisierungspahre schaffenden Arbeiterschaft. Dazu bedarf es aber gut ausgerüsteter und aktiver Organisationen. Nicht die Nationalisierung allein wird an kommenden schweren Seiten schuld sein, sondern die Laiheit und die Interesselosigkeit der Arbeiterschaft selbst.

„Zu was denn zahlen, ich behalte mein Geld, dann es wird doch nicht anders!“, ist die so oft zu hörende Antwort eines ohnmächtigen Proletariats.

Wird es nicht allzu schwer unter diesem ungünstlichen Taxatmus leiden zu müssen?

Sicher nicht, wenn eine scharfe, nach vorwärts drängende Tätigkeit bei der Arbeiterschaft eintreten wird.

Hilfe kann also nur durch die Arbeiterschaft selbst kommen. Wird sie die Notwendigkeit rechtzeitig erkennen?

Dann hängt ihre eigene Schicksalsabhandlung ab!

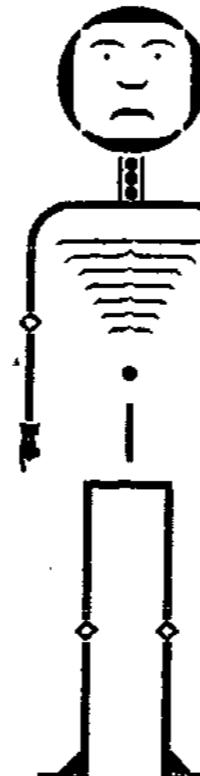
Ich brauche keinen Verband!

Hiermit sei der ganzen Welt Gottlieb Quakel vorgestellt. Oft schon wurde er gebeten, dem Verband beizutreten.

Aber immer sagt er: Nein! Immer will er schwächer sein. Selbst die besten Argumente sind ihm eine lahme Ente.

Überstunden schiebt er gern, ist lieb Kind bei seinem Herrn, denn er dient ihm treu und willig und auch wirtschaftsfriedlich billig.

Gibt es Freibier mit Alkohol, ist er Chef vom Stamme Nimm. Über Bonzen und Genossen quakelt er dann unverdrossen.



Trotz der Überschusterlei langt es kaum zu Brot und Brei. Traurig zählt er seine Rippen und befühlt die Muskulostrippe.

Als der gute Herr das sah, strich er Quakels Gloria.

Ausgepreßte Arbeitskräfte nützen nichts mehr dem Geschäft.

Quakel klagt jetzt vor Gericht, wo er vom Tariflohn spricht.

Sagt der Richter: „Auferstanden, denn Sie sind nicht im Verbande!“

Quakel (siehe Zeichnung) flennt, weil er jetzt den Schaden kennt. So ergibt es allen Quakeln, die auf den Verband spekulieren.

Victor Kalliaowski.

wenig Opfer zu bringen habe, dann habe er keine Lust, im Verband zu bleiben. Er habe sowieso nichts vom Leben und wenn er dann noch auf ein paar Schnäpschen verzichten müsse, dann pfeife er auf den Verband. So, Kameraden“, meinte Alfred Piels, „nun sagt mir mal, wieso in diesen beiden Fällen die Frau schuld ist? Ich muß jedenfalls beiden Frauen unbedingt Recht geben. Wir sind ja alle der Meinung, daß der Lohn des Kumpels sehr, sehr knapp ist. Wir gönnen auch jedem sein Gläschen Schnaps oder seinen Pott Bier. Aber: der Frau darf auf keinen Fall jetzt die Sorge um die Beitragsgroschen für den Verband allein überlassen bleiben, da müssen die Kumpels auch mit ran. Ein kleines Opfer müssen sie schon bringen können.

Und dann — bei uns wird so oft von der jahrhundertlangen Unterdrückung der Frau gesprochen. Dann denkt auch bitte jetzt bei der Agitation daran und schimpft nicht gleich auf die Frau, wenn sie sich sträubt, die Beiträge zu

Knappschäftsangestellte und wir.

Kameraden, die dem Vorstande der Reichsknappschäftsangehörigen, schreiben uns zu diesem Thema:

Der Vorstand der Reichsknappschäftsangehörigen hat in seiner Sitzung vom 18. Juli d. J. beschlossen, die Tarifverträge, die bei der Knappschäftsangehörigkeit mit den Angestellten bestanden, zum 1. Oktober d. J. zu kündigen. Die Versichertenvertreter im Vorstand der Reichsknappschäftsangehörigkeit diesem Beschlusse zu, weil sie glaubten, nicht länger verantworten zu können, daß die Angestellten, die sich aus dem bisherigen Tarifvertrag ergeben, noch weiter bestehen bleibten. In der Haupthälfte gaben zwei tarifliche Bestimmungen zu Streitigkeiten Anlaß. Die eine aus dem Grunde, weil sie nicht klar genug ausdrückte, ob die Angestelltengehalter bei der Knappschäftsangehörigkeit ohne jede Verhandlung automatisch erhöht werden müssten, wenn die Gehälter der Reichsbahnamt erhoht wurden; die andere, weil nach ihr der Stellenplan, der die Zahl der notwendigen Stellen bei der Knappschäftsangehörigkeit feststellt, nicht von den verantwortlichen Organen der Selbstverwaltung aufgestellt, sondern mit der Angestelltenvertretung zu vereinbaren ist.

Als die erste Streitfrage auftauchte, hat der Vorstand der Reichsknappschäftsangehörigkeit mit den Angestelltenvertretern vereinbart, sofort eine Entscheidung des Oberchiedsgerichts, das in dem bisherigen Tarifvertrag zur Schlichtung solcher Streitfälle vorgesehen war, einzuhören. Leider wurde durch das Oberchiedsgericht auch keine Klärung herbeigesühnt, weil es zuerst angestellten der Knappschäftsangehörigkeit, ein andermal aber zugunsten der Angestellten entschied. Der Wert einer solchen Rechtsprechung wurde dadurch fraglich. Der Vorstand mußte durch diesen Umstand beunruhigt werden, da auch über die Stellenpläne in einzelnen Bezirksknappschäftsangehörigkeiten mit dem Angestelltenrat keine Vereinbarung erzielt werden konnte, so daß die tariflichen Schiedsgerichte zu entscheiden hatten. Die Knappschäftsangehörigkeit mußte also gewarnt haben, daß auch über die wichtige Frage, wieviel Bürovorsteher, Abteilungsleiter und sonstige Angestellte sie in ihrem Betrieb zu beschäftigen hatte, in ähnlicher Weise entschieden würde. Der Schaffung der tariflichen Schiedsgerichte hat der Vorstand der Knappschäftsangehörigkeit zu einer Zeit zugestimmt, als die allgemeinen Arbeitsgerichte noch nicht bestanden haben. Nachdem jedoch die Arbeitsgerichte überall gebildet worden sind, hielten es die Versichertenvertreter für tunlich, auch die Streitfragen aus den Tarifverträgen bei der Knappschäftsangehörigkeit zu entscheiden zu lassen. Dies konnte jedoch nur erreicht werden, wenn im Tarifvertrag die Bestimmung über die Schiedsgerichte gestrichen wurde.

Ende September fanden mit den Angestelltenverbänden Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrags statt. Bei dieser Gelegenheit ergingen sich die Vertreter der Angestelltenverbände in Anklagen gegen die Versichertenvertreter. Sie glaubten, die Versichertenvertreter namentlich dadurch gefügt machen zu können, daß sie ihnen vorwarf, schlechte Arbeitgeber zu sein als die Werksvertreter. Nach ihrer Auffassung hätten sich die Angestellten die Vorteile zu einer Zeit errungen, als ein Werksbesitzer der Knappschäftsangehörigkeit gewesen wäre. Dagegenüber betonten die Versichertenvertreter, daß die Wirklichkeit doch ein ganz anderes Bild ergäbe, als es die Angestellten darstellen. Man dürfte nur nicht einen bestimmten Zeitpunkt der Nachrevolutionsszeit zum Vergleich heranziehen, sondern die Zeit, als die Werksbesitzer tatsächlich in der Knappschäftsangehörigkeit geherrscht haben. Dies wäre in der Kriegszeit der Fall gewesen. Es ergäbe sich zum Beispiel in der Ruhrknappschäftsangehörigkeit folgendes Bild:

	1913	1. 1. 21	1. 12. 28
Bürovorsteher	—	39	38
Abteilungsleiter	24	80	91
Obersekretäre	—	325	282
Sekretäre	102	213	170
Aufseiten, Gehilfen, Lehrl., Boten	614	728	464
Angestellte insgesamt	740	1585	1315
Durchschn. Monatsgehalt (in M.)	155,25	274,49	424,31
Steigerung (in %) gegenüber 1913	176,81	273,33	
Durchschnittsgehalt der Gesamtheit der Bergarbeiter im Ruhr- revier je Schicht (in M.)	5,61	5,91	8,80
Steigerung (in %) gegenüber 1913	105,35	156,86	

Bei dieser Auffassung durchsieht, der wird finden, daß in der Knappschäftsangehörigkeit eine ungeheure Aufwärtsentwicklung der unteren Gruppen nach oben stattgefunden hat. Diese Tatsache wird um so auffallender, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Versicherten, die von der Ruhrknappschäftsangehörigkeit 1928 zu betreuen waren, nicht höher, sondern geringer als 1913 gewesen ist. Hätte doch z. B. 1913 die Krankenkasse der Ruhrknappschäftsangehörigkeit (früher Allgemeiner Knappschäftsverein) 421 000 Mitglieder, 1928 dagegen nur noch 380 000. 1913 waren auch im Bereich der Ruhrknappschäftsangehörigkeit dieselben Sicherungszweige wie 1928 durchzuführen. Wenn deshalb 1913 mit 740 Angestellten die notwendige Arbeit geleistet werden konnte, so bedeutet es, daß trotz der Mehrarbeit, die nach 1924 durch Zuwang von Leistungsempfängern und Rentenamtsrechnungen bedingt wurde, die Angestellten nicht übermäßig angespannt werden, wenn die Arbeit für eine geringere Versichertenzahl mit 1345 Angestellten erledigt wird.

Entsprechend der Aufwärtsentwicklung nach den höheren Gruppen ist auch das Durchschnittsgehalt der Angestellten gestiegen. Das Durchschnittsgehalt der Knappschäftsangehörigen, das sie 1928 ausgezahlt bekommen haben, stieg nämlich auf 273,33 Prozent gegenüber ihrem Durchschnittsgehalt von 1913. Bedenkt man, daß der Lohn der Bergarbeiter, aus dem die Knappschäftsangehörigkeit erhalten wird, im gleichen Zeitraum nur auf 156,86 Prozent gestiegen ist, so kann man erst ermessen, in welchem Ausmaße die Knappschäftsangehörigen ihre Lebenslage gegenüber der Bergarbeiterbedürftigung verbessert bekommen haben. Der Vergleich der Löhne und Gehälter allein ist aber noch immer schwer. Man muß noch berücksichtigen, daß der größte Teil der Knappschäftsangehörigen unfriedliche Dienstverträge und Ansprüche auf Pensionsversorgung hat, für die keine Beiträge geleistet werden brauchen. Diese Pension geht bis zu 80 Prozent des Gehalts.

Als in der Verhandlung im September der Vorsitzende der Knappschäftsangehörigkeit, Kamerad Böde, den Angestelltenvertretern diese Zahlen nannte, weiter auch die sonstigen Vorteile, die die Angestellten genießen, erwähnte und damit bewies, daß die Arbeitgebervertreter keine so schlechten Arbeitgeber sein könnten, wie sie von den Angestellten hingestellt wurden, wurden die Angestelltenvertreter ungeduldig und störten ihn bei seinen Ausführungen. Als dann weiter Kamerad Böde den Angestelltenvertretern sagen wollte: „Bedenken Sie, meine Herren, daß es eigentlich Blutgrößen der Bergarbeiter sind, über die wir Versicherungsvertreter verfügen“, unterstrich ihm ein Vertreter des ÖGK bei dem Worte „Blutgrößen“ und unterstößt ihm, daß er hätte sagen wollen, „von denen die Angestellten leben“. Der gleiche Vertreter töste dann wie besessen, so daß dem kommenden Böde die Galle überließ. Es kam zu einer Explosion, in der unparlamentarische Worte fielen und die zu einer Unterbrechung der Verhandlung führte.

In späteren Verhandlungen konnte eine Einigung über die Veränderung des Tarifvertrags auch nicht erzielt werden. Die von den deutschnationalen Angestelltenvertretern beliebten Einschränkungen

wurden abgelehnt, während die Versichertenvertreter durchaus keinen Eindruck mehr machen. Die Angestellten haben daraufhin den Reichsarbeitsminister um Fällung eines Schiedsgerichts ersucht. Diesem Erfordernis ist stattgegeben worden. Als Schlichter wurde Dr. Jötten bestellt. Die erste Verhandlung vor dem Schlichter soll am 25. November stattfinden. Wir Versichertenvertreter werden auch dort die Interessen der Knappschäftsangehörigkeit und somit der gesamten Arbeitnehmerschaft des Bergbaus wahrnehmen. Nicht etwa aus dem Grunde, weil wir den Knappschäftsangehörigen keine auskömmliche Gehalts- und ordentliche Arbeitsbedingungen gönnen, sondern, daß es im höchsten Grade ungerecht und unsocial wäre, eine bestimmte Berufsgruppe auf Kosten einer anderen viel ärmeren Berufsgruppe weit über jedes normale Maß hinaus Vergünstigungen zu gewähren. Der Ansicht einer Gruppe ist nur dann sozial und förderndswert, wenn er verhältnismäßig mit dem Aufstieg der Masse des Volkes sich vollzieht.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ mischt sich hinein!

Die Tarifkündigung und die bisherigen ergiebigen Verhandlungen geben dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, dessen Vertreter als Mitglieder des Vorstandes der Knappschäftsangehörigkeit zustimmten, Anlaß, die Versichertenvertreter, namentlich den Kameraden Böde, mahllos anzugreifen. Die Ausführungen sind jedoch oft so kindisch, daß man ihrem Verfasser tatsächlich Ehr anstrebt, wenn man auf sie eingehen würde. Wir hätten es an dieser Stelle gewiß auch nicht getan, wenn nicht die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 15. November einen Teil von ihnen unter dem Titel: „Die Knappschäftsangehörigkeit als Arbeitnehmerparadies“ und dem Untertitel: „Da staunt der Laius - aber der Kaufmann wundert sich nicht“ mit besonderem Begehr anführte. Nach der Ausmachung, in der die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ den ÖGK zitiert, muß man annehmen, daß sie seine Ansicht teilt, daß die Knappschäftsangehörigen einen Leidensweg gehen.

Es ist nicht Zweck dieser Zeilen, der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ die Ansicht auszureißen, sondern wir wollen sie ihr lassen und annehmen, daß ihre aufrichtige Meinung ist. Ist sie das, so nehmen wir weiter an, daß die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ in Zukunft ihre ganze Einstellung zu Arbeitnehmertypen ändern wird. Sie wird doch unmöglich allein die Knappschäftsangehörigen bedauern wollen, die Bergarbeiter aber nicht. Sieh „edelherzige Streiterin für Arbeitnehmerinteressen“: für die Bergarbeiter brauchtest du dich gie nicht soviel anzustrengen. Die wären schon zufrieden, wenn du nur dafür eintrittst, daß ihr Lohn gegenüber dem Friedenslohn jetzt auf 273 Prozent erhöht wird; daß sie keine Beiträge zur Pensionskasse zahlen brauchen, sondern im Falle der Bewußtseinsfreiheit aus Mitteln der Bergwerksbesitzer eine Pension beziehen könnten, die bis zu 80 Prozent ihres Lohnes ginge; daß sie ferner unfähig angestellt würden und auch dann Lohn bekommen müßten, wenn für sie auf den Werken keine Arbeit vorhanden wäre; daß sie bis zu 30 Tagen bezahlten Urlaub erhalten und auch sonst jede Schicht bezahlt bekommen, wenn sie am 1. Mai zur Demonstration, am Reformationsfest und anderen Feiertagen, an denen gewöhnliche Sterbehilfe arbeiten, zur Kirche gehen könnten; daß sie auch ihre Schichten bezahlt bekommen, an denen sie als eisige Funktionäre ihrer Organisation deren Tagungen besuchten; und daß schließlich nicht die Zechenverwaltungen allein darüber zu bestimmen haben werden, wieviel Schlepper, Hauer, Steiger und Fahrsteiger zu beschäftigen sind, sondern daß die Betriebsräte gleichberechtigt darüber mitbestimmen hätten.

All diese Vergünstigungen haben nämlich die Knappschäftsangehörigen bereits und doch vergiebt du Tränen, daß sie einen Leidensweg gehen. Wundere dich also nicht, wenn die nächste Wiederholung auf Lohn erhöhung von den Bergarbeitern mit deinem Mitteil mit den Knappschäftsangehörigen begründet wird. Beim Stix, die Edelherzige, wir werden dich bei rechter Gelegenheit beim Wort nehmen. Dann wird aber nicht nur der Laius staunen, sondern auch der Kaufmann sich wundern.

Bertritt der „Bergknappe“ die Interessen der Knappschäftsmitglieder oder . . . ?

„Was kosten Knappschäftsfrankenhäuser?“ so fragt der „Bergknappe“ in seiner Nr. 42 vom 19. Oktober 1929 und gibt gleich die Antwort darauf, indem er ein Zahlenspiel veröffentlicht, nach welchem bei der Ruhrknappschäftsangehörigkeit ein durchschnittliches Pflegegeld von 6,51 M. pro Tag herauskommt. Weiter bemerkt der „Bergknappe“, daß es im Ruhrgebiet nicht möglich gewesen wäre, auf die Frage nach den Kosten der Knappschäftsfrankenhäuser eine klare Antwort zu erhalten. Unsere Kameraden, die dem Vorstand der Ruhrknappschäftsangehörigkeit angehören, sind über die Behauptung des „Bergknappen“ sehr erstaunt. Der „Bergknappe“ ist doch kein zielstrebiges Blatt, das keine Beziehungen zur Knappschäftsangehörigkeit, sondern das Fachorgan einer Organisation, die mit vier ihrer Mitglieder im Vorstand der Ruhrknappschäftsangehörigkeit vertreten ist. Würde auch nur einer der Vertreter des Gewerbevereins beantragen, daß die Frage der Selbstkosten der Frankenhäuser der Ruhrknappschäftsangehörigkeit auf die Tagesordnung des Vorstandes gelegt und behandelt werden müßte, so würde dies sofort gekehrt. Wir stellen aber fest, daß dies bisher noch nicht geschehen ist. Das Verhalten des „Bergknappen“ und seiner Vertreter im Vorstand der Ruhrknappschäftsangehörigkeit muss also jeden, der über diese Dinge unterrichtet ist, sehr beeindrucken.

Die Rechnung, die der „Bergknappe“ aufstellt, ist eine Milchmädchenrechnung. Es sind nicht nur einzelne Ziffern in ihrer Gesamtheit irreführend, sondern auch die Errechnung der Pflegetage im falsch. Die Pflegetage der zweiten Kasse sind nämlich einfach mit denen der ersten zusammengerechnet, anstatt sie zweitach einzufügen, wie es auch der Zweckverband konfessioneller Frankenhäuser tut. Außerdem vergibt der „Bergknappe“ die Kosten der ambulatorischen Behandlung in den Knappschäftsfrankenhäusern als Einnahme zu buchen. Die Ruhrknappschäftsangehörigkeit müßte große Beiträge an andere Institute zahlen, wenn sie die ambulatorischen Leistungen den Behandlungsbedürftigen nicht in ihren eigenen Häusern gewähren könnte.

Dass diese Einnahmen ansehnlich sind, mag der Umstand beweisen, daß allein in einem einzigen Knappschäftsfrankenhause in einem Monat über 4000 medizinische Bäder an Knappschäftsangehörigen verabreicht wurden, die nicht Krankenhauspflegelose waren. Die Beiträge, die durch Bäderverabreichung, Bestrafungen, Durchleitungen, Abgabe von Gutachten und anderen Arbeiten erhoben werden, geben allein bei diesem einzigen Frankenhause in die Hunderttausende von Mark. Sie müssen selbstverständlich von der Summe der Gesamtkosten abgezogen werden, bevor man die Gesamtsumme mit den Gesamtpflegetagen teilt, um einen durchschnittlichen Pflegezoll zu erreichen. Das Verfahren bei der Errechnung des durchschnittlichen Pflegezolls in der Abhandlung des „Bergknappen“ muß deshalb als unzutreffend bezeichnet werden.

Ständen die Interessen der Bergarbeiter nicht auf dem Spiegel, könnte es uns wenig berünnen, wenn der „Bergknappe“ solche Abhandlungen brächte. Leider müssen wir feststellen, daß die Abhandlung von gewissen Kreisen, die der Ruhrknappschäftsangehörigkeit die Interessen der Bergarbeiter höher Pflegezölle zu begründen. Die Abhandlung auf Erhöhung der Pflegezölle zu begründen. Die Abhandlung des „Bergknappen“ erschien in seiner Nr. 42 vom 19. Oktober. Am 26. Oktober war eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft rheinisch-westfälischer Versicherungssträger im Zweckverband konfessioneller Frankenhäuser vorgeheben, der über die Forderung des Zweckverbandes auf Erhöhung der Pflegezölle verhandelt werden sollte.

In dieser Sitzung hat dann auch Kaplan Füchter, der Vorsitzende des Zweckverbandes konfessioneller Frankenhäuser, die Forderung auf Erhöhung der Pflegezölle mit den „amtlichen“ Bohlen der Abhandlung des „Bergknappen“ vom 19. Oktober begründet.

Wer will bestreiten, daß die Wahl des Vorsitzes unserer heutigen Abhandlung für und nicht auf der Hand lag? Für die Bemerkung des „Bergknappen“, daß die jüngsten Pflegezölle für den Zweckverband konfessioneller Frankenhäuser angemessen sind, gibt keiner etwas. Würden nämlich in der Tat die Pflegezölle der Knappschäftsfrankenhäuser so hoch sein, wie es der „Bergknappe“ hinstellt, so könnte vom Vorstand der Knappschäftsangehörigkeit kein verantwortlicher Mensch den Frankenhäusern des Zweckverbandes konfessioneller Frankenhäuser nur einen Pflegezoll von 4,10 M. zu gestehen, wenn diese Frankenhäuser mit den Knappschäftsfrankenhäusern in Hinsicht auf Ausstattung mit Instrumenten, Versorgung mit Pflegern und Unterbringung der Pflegekräfte den Frankenhäusern entsprechen könnten und sie nicht aus öffentlichen Mitteln erbaut wären, aus denen auch die Belegschaft ziehen sollten.

Im Kampf um die Knappschäftsangehörigkeit.

Am 27. Oktober fand im Gewerkschaftshaus Hannover eine Konferenz der Knappschäftsältesten der Hannoverschen Knappschäftsangehörigkeit statt. In dieser Konferenz hielt der Vertraulenzarzt der Brandenburger Knappschäftsangehörigkeit, Herr Dr. Götz, einen interessanten Vortrag. Der Redner ging zunächst auf die Berufskrankheiten der Bergarbeiter ein und schilderte die Entstehungsursache derselben. Rheuma, Tuberkulose und Vergiftungsercheinungen seien die hauptsächlichsten Berufskrankheiten. Es sei die höchste Zeit, sie durch geübtere Mittel einzudämmen, wenn die Knappschäftsangehörigen Krankenkassen eine Erleichterung erfahren sollten. Eine Einchränfung der gewohnten Krankheiten wäre sehr gut möglich, wenn seitens der Arbeitgeber auf die Gesundheit der Bergarbeiter mehr Wert gelegt würde. Vor allen Dingen müsse darauf gesehen werden, daß die notwendigen Schutzmittel zur Verhinderung dieser Krankheiten in Anwendung kommen. Auch seitens der Arbeiter müssen diese Schutzmittel mehr beachtet und angewandt werden. Jeder muß sich selbst Beachtung scheinen und Wert auf seine Gesundheit legen. Der Redner kam dann auf die Belastung der Krankenkassen und der Sozialversicherung zu sprechen, wobei er darauf hinwies, daß die Lasten der ganzen Sozialversicherung dadurch eingeschränkt werden könnten, daß man den Kranken die notwendigen Heilmittel, die geeignet sind, die Krankheit zu beseitigen, auch zukommen ließe. Was der Krankenbracht soll und muss er haben. Weiter wies der Redner darauf hin, daß die Knappschäftsärzte nur wirklich Kranken behandeln dürfen. Es dürfte nicht vorkommen, daß noch in Behandlung stehende Kranken trotz Auflösung nicht zur Nachuntersuchung erscheinen, sondern zum Knappschäftsärzten gehen und sich gesundschreiben lassen. Das sei eine einwandfreie und objektive Handlungswweise. Die Bedeutung, daß manche Leute sich damit die Einnahmen erhöhen wollen, liegt sehr nahe. Er sei Vertraulenzarzt nicht nur für die Knappschäftsangehörigkeit, sondern auch für die Arbeiter und werde in diesen Dingen mit aller Schärfe durchzugehen versuchen. Keinem zu lieben und keinem zu leide! Das müsse eben die Rolle eines Vertraulenzarztes sein. Nur wenn in diesem Sinne gehandelt wird, kann die Sache der Knappschäftsangehörigkeit und auch der Arbeiterchaft gefördert werden.

Das waren kurz zusammengefaßt die wichtigsten Fragen, die der Referent in seinem Vortrage hervorhob. Hierauf wahr der Vorsitzende der Hannoverschen Knappschäftsangehörigkeit, Kamerad Hermann Bode,

das Wort und führte u. a. folgendes aus:

Es ist das erste Mal, daß eine Knappschäftsältestenversammlung einen so ausführenden Vortrag wie den des Herrn Dr. Götz gehört habe. Das sei nur deshalb möglich, weil nach dem jetzigen Reichsknappschäftsgegesetz die Arbeiterschaft im Vorstand die Mehrheit habe und sich so alles mehr um den Arbeiter drehen müsse. Es würde manchmal über den hohen Beitrag geschimpft, aber nicht berücksichtigt, daß der Arbeiter dabei gegen früher viel gezwungen habe. Diese Konferenz wäre auch niemals möglich gewesen, wenn die Arbeitgeber die Mehrheit hätten. In den alten Knappschäftsvereinen, in denen nur die Arbeitgeber bestimmten, sei für die Knappschäftsältesten auf diesem Gebiete rein gar nichts getan worden. Es müsse in Zukunft diesbezüglich noch mehr geschehen und er werde auch bei Widerstand der Arbeitgeber dagegen wirken. Dazu sei natürlich die Unterstützung aller Knappschäftsältesten nötig.

Sehr wichtige Fragen werden in den Vorstandssitzungen in der nächsten Zeit eine Rolle spielen. So zum Beispiel beabsichtigen die Arbeitgeber, in der nächsten Zeit die Krankenkassenbeiträge herabzusetzen, wogegen er sich wehren müsse aus folgenden Gründen:

Einen müsse Wert darauf gelegt werden, daß eine gut fundierte Krankenkasse jedem Rückfall gewachsen sei. Ferner seien in Aussicht stehende Sonderausgaben zu berücksichtigen, die gedeckt werden müssen. Erinnert sei an den Umgang von Eltern mit dem Nachwuchs. An all diesen Sachen hätten die Arbeitgeber weniger Interesse, weil sie von Anfang an Gegner der Verlegung nach Hannover waren. Nach falls die Beitragsermäßigung bei den Arbeitgebern mehr ins Gewicht als bei den Arbeitnehmern, weil es sich hier um größere Summen, dagegen bei den Arbeitnehmern nur um wenige handelt. Es gäbe auch in diesem Sinne im Interesse der Arbeitnehmer zu handeln, wenn ich gegen die Abstufung bin.

Kamerad Bode zeigte dann den Gedanken zwecks Anstellung eines Vertraulenzarztes für die Hannoversche Knappschäftsangehörigkeit und wies durch Beweismaterial nach, daß durch Ärzte, Apotheker und Zahnärzte die Knappschäftsangehörigkeit ganz erheblich geschädigt worden sei. Durch Nachuntersuchung der Kranken von Kreisärzten ist nachgewiesen, daß ein großer Teil der Krankenheilenden nicht frank war und von den Knappschäftsärzten zu Unrecht weiter behandelt worden ist. Weiter wurde festgestellt, daß Apotheker den Kranken nur die Hälfte von dem geliefert haben, was die

Arbeiter und Weltwirtschaft.

Über vorstehendes Thema hielt der Kollege Egger vom ADGB Anfang November in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft (Berlin) einen Vortrag, dem wir die nachstehenden Ausführungen entnehmen:

Der Arbeiter wird seit langem durch die Schule der Gewerkschaftsbewegung unterrichtet von den wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Länder zueinander, die ihren Gesamtausdruck finden im gegenseitigen Güteraus tausch, im Welthandel. Er weiß, daß dieser Güteraus tausch gegeben ist durch die Verschiedenheit des Klimas, der Bodenbeschaffenheit, der internationalen Rohstoffe auf und in der Erde, nicht zuletzt durch die Größenunterschiede der Völker und der Flächenräume, die sie bewohnen. Der Arbeiter hat auch wiederholt seit Jahrzehnten die Erfahrung gemacht, daß Hoch konjunktur oder Wirtschaftskrisen von einem Lande zum anderen und so zur Weltwirtschaft in einer Kette von Zusammenhängen ihre guten oder verhängnisvollen Wirkungen auslösen. Er sah häufig im Arbeitsmarkt des eigenen Landes die Einflüsse des Konjunkturstaates anderer Länder. Wenn der Absatz seiner Erzeugnisse auf dem Inlandsmarkt stockt, Kurzarbeit und Arbeiterentlassung durchgeführt werden, dann wendet sich der Blick des aufgklärten Arbeiters zwangsläufig hinaus in die Welt und vor ihm erhebt sich die Frage, ob nicht durch den Absatzmärkte für die heimischen Erzeugnisse vorhanden sind. Der Preis dieser Erzeugnisse, ihre Herstellungskosten, der darin enthaltene Lohn, dessen Kaufkraft usw. rücken dann noch eindringlicher als sonst in den Kreis seiner Betrachtungen. Und wenn ihm bei solchen Betrachtungen monches dunkel und hoffnungslos vorkommt, dann entstehen jene Entschlüsse, das Heimatland zu verlassen und auszuwandern in eine vermeintlich bessere Welt.

Aber noch stärker als in der Eigenschaft des Produzenten fühlt und erkennt der geschulte Arbeiter seine weltwirtschaftliche Verbundenheit in der Eigenschaft als Verbraucher. In der Einführung von Brodtreide und sonstigen Nahrungsmitteln, von Rohstoffen und Halbwaren oder von Gewerbsmitteln, wie Kasse, Tee, Kobal, Goldlizenzen, sieht er sich in dem gewaltigen Flechtwerk verstrickt, das die Weltwirtschaft um die Kulturmenschheit gespannt hat. Der deutsche Arbeiter kann nur innerhalb dieses Weltwirtschaftlichen Flechtwerks bestehen. Dem Deutschland vermag sein 65-Millionenvolk nur unzureichend aus den Errägen der eigenen Landwirtschaft zu ernähren. Ferner ist Deutschland mit seinem Bezug von Rohstoffen für eine Reihe wichtiger Industrien völlig auf den Weltmarkt angewiesen. So ist der deutsche Arbeiter, will er sich auf diesem Boden erhalten und fortpflanzen, mit seinen ganzen Lebensbedingungen angewiesen auf eine möglichst umfassende reibungslose Funktion der Weltwirtschaft durch Verständigung und Zusammenarbeit der Völker.

In früheren Jahrzehnten lagen dem Hand- und Kopfarbeiter näher die Fragen der Sozialpolitik des eigenen Landes. Seine Organisationen, die Gewerkschaften, mußten zunächst ihre ganze Kraft der Organisierung der Massen, der Kämpfe um Lohnverhältnisse und Arbeitszeitverkürzungen und dem Ausbau des Tarifwesens widmen. Staat wie Unternehmer schlossen ihn von der wirtschaftspolitischen Mitarbeit aus. Mit dem Gründen seiner Organisationen und ihrer Bedeutung als Sackwalter der Arbeiterschaft fielen ihm nach dem Kriege ganz von selbst wirtschaftspolitische und weltwirtschaftliche Aufgaben zu. Eine neue Welt war aus dem revolutionären Fegefeuer des Weltkrieges entstanden. Die einzelnen Länder waren voneinander abgeriegelt. Ungekannte Massenarbeitslosigkeit war hier und dort vorhanden. Ständige Arbeitslosenheere in den Industrieländern sind Erscheinungen der weltwirtschaftlichen Umstürzungen und Kräftevergleichungen. Die Amerikaner traten in beiden Teilen der Welt als Lieferanten der europäischen Industrieländer auf. Die Ausfuhrmöglichkeiten unserer Industrie erfüllten eine Beschränkung. Amerika, Japan und andere Länder, im Kriege wirtschaftlich erstaunt, halten heute wichtige Punkte des Weltmarktes besetzt.

Die Unternehmungen waren in der Vorkriegszeit in stärkerem Maße an die Grenzen ihres Heimatlandes gebunden. Jetzt suchen sie ihr Tätigkeitsfeld mehr und mehr in den weiten Räumen der Weltwirtschaft. Die Arbeiter beobachten diese Entwicklung nicht, sondern sehen in ihr Stufen der kapitalistischen Wirtschaftsgeschichte.

Über die Veränderung in der Weltwirtschaft noch einige Worte: In Indien laufen heute etwa 9 Millionen Baumwollspindeln; das ist beinahe die gleiche Zahl derjenigen, die in Deutschland in Betrieb sind. Auch China hat heute bereits 4 Millionen Baumwollspindeln, also die doppelte Zahl wie 1919 in Betrieb. Indien erzeugt heute schon soviel Steinkohle wie Belgien, hat eine starke Eisenproduktion und erzeugt 500 000 Tonnen Fertigstahl. Bereits 4 Millionen Industriearbeiter sind vorhanden. Japan hat seit 1913 seine Textilproduktion verdoppelt, die Steinkohleproduktion um das gleiche Verhältnis gesteigert, seine Eisenproduktion verdreifacht und seine Stahlproduktion sogar verdreifacht. Solche weltwirtschaftlichen Verschiebungen machen sich für die alten Industrieländer sehr fühlbar.

Der Arbeiter hat seinen handelspolitischen Standpunkt als Erzähler wie als Verbraucher zu suchen. Er muß dabei anerkennen, daß die in den industriellen Entwicklung zurückgebliebenen Länder ebenfalls ein geschichtliches Anrecht nach industrieller Aufwärtsentwicklung haben. Nicht Geringt der hohe, Erhöhung der niederen Lebenshaltung — darum gehen seine Kämpfe. Sein Streben ist gerichtet nach internationale Arbeitssteilung auf der Grundlage der bestgeeigneten Standorte der Produktionsstätten. Handelspolitisch ergeben sich manchmal eigentümliche Situationen. Doch Schwierigkeiten können durch Gesetzmäßigkeit erleichtert werden, gelöst werden sie nur durch Verständigung. Aus all dem ist zu erschließen, daß die Bevölkerung mit den Fragen der Weltwirtschaft für den Arbeiter mehr bedeutet als eine allgemeine Interessennahme. Sie ist für ihn Lebensnotwendigkeit geworden. Zwang und Wille haben ihn daher zu der Forderung nach Demokratierung der Wirtschaft veranlaßt.

Früher regelte sich die Wirtschaft weitgehend automatisch durch die gegenseitige Konkurrenz. Heute wird die freie Wirtschaftsrichtung durch die gebundene oder organisierte Wirtschaft verdrängt. Die Träger der gebundenen Wirtschaft: Kartelle, Konzerne, Trusts, Monopole, bedürfen im Allgemeininteresse einer wirksamen Kontrollinstanz. Die gleichartige Entwicklung, die der gebundene Kapitalismus in allen Ländern nimmt, ruft überall die gleichen Ansprüche der Arbeiterschaft nach einem Mittel in mirungsrecht hervor. Der wirtschaftsdemokratische Gedanke hat in Deutschland den sichtbarsten Ausdruck in der Errichtung des Reichswirtschaftsrats gefunden. Nach Frankreich besitzt eine ähnliche Körperhaft; in anderen Ländern werden derartige Einrichtungen erworben. Als Beispiel nenne ich die Mond-Turner-Konferenzen in England.

So wuchs für die internationale Gewerkschaftsbewegung die Aufgabe heran, gemeinsame Richtlinien für die wirtschaftspolitische Tätigkeit der Arbeiter aller Länder zu entwerfen. Das

Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes zerfällt in einen internationalen und einen nationalen Teil. Gefordert wird, daß die wirtschaftlichen Einrichtungen beim Weltkongress zu einem internationalen Wirtschaftsamt unter entscheidender Mitwirkung der Arbeiterschaft ausgestattet werden. Die internationalen Kartelle und Trusts sollen einer wirkungsvollen Kontrolle unterworfen werden. Eine wichtige Forderung ist die Angleichung der Arbeitsbedingungen zurückgebliebener Länder an die fortgeschrittenen.

So wichtig aber auch diese Richtlinien sind, der innere Markt bleibt nach dem Programm das Kernstück aller Wirtschaftspolitik auch im weltwirtschaftlichen Sinne. Der soeben ausgezählte Zusammenspiel von Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik führt hinunter nach dem Internationalen Arbeitsamt. Dessen Aufgabe ist es, ungleichartige Behandlung der Arbeitskraft nach Möglichkeit zu verhindern. Das Internationale Arbeitsamt greift ein in die Gestaltung der sozialen Politik aller Länder. In ihm sind die Beziehungen zwischen Sozialpolitik und Weltwirtschaft am stärksten verbindlich. Eine große Anzahl von Uebereinkommen sind von vielen Ländern ratifiziert worden. Also auch von der sozialpolitischen Seite ist der Arbeiter an der weltwirtschaftlichen Entwicklung lebhaft interessiert. Da Deutschlands sozialpolitische Scheidung zu der fortgeschrittenen zählt, ist es unbegreiflich, daß die deutschen Unternehmer im Internationalen Arbeitsamt gegen die Weiterentwicklung der Sozialpolitik in anderen Ländern ausstehen. Die deutschen Gewerkschaften treten für eine Ausdehnung der sozialpolitischen Gesetzgebung auch in anderen Ländern nicht nur aus Gründen der Sozialpolitik ein, sondern auch aus weltwirtschaftlichen Erwägungen.

So sehen wir den deutschen Arbeiter in der Weltwirtschaft, in seinen Rollen als Produzent, in seiner Abhängigkeit als Verbraucher, in seiner kritikvollen Stellung zur internationalen Handelspolitik und zum internationalen Kartellwesen; wir sehen ihn ferner in der Rolle des glückseligen Auswanderers oder gewissermaßen als Träger der wandernden Arbeitskraft, und wir sehen ihn schließlich im Mittelpunkt umfassender internationaler Sozialpolitik. Außer Überwindung der ausgetürmten Schwierigkeiten hat der Arbeiter einen bedeutenden Anteil. Er wird seine organisatorischen Kräfte auch fernerhin in den Dienst der weltwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung stellen, zum Wohle seiner Klasse, dadurch aber auch zum Wohle von Volk und Völkern.

Die Höhe des Arbeits- und Volkseinkommens.

In der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ berechnet der Syndikus der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Fr. Lemmer, das Arbeits- und Volkseinkommen. Er stützt sich dabei auf die Vertragsstatistik der Unfall- und Arbeitslosenversicherung. Das Arbeitsseinkommen schätzt Lemmer bei Vollbeschäftigung auf 46 bis 48 Milliarden Mark. Da aber eine Vollbeschäftigung infolge Arbeitslosigkeit und Krankheit nicht angenommen werden kann, wird das tatsächliche Arbeitsseinkommen 42 bis 45 Mill. betrugen. Der Aussfall infolge Arbeitslosigkeit und Krankheit wird mit 3,5 Mill. angenommen. Die Arbeiter im engeren Sinne bezahlen an Lohn rund 30 Mill. Auf Angestellte und Beamte entfallen rund 17 Mill. Das Lohnseinkommen der Arbeiterschaft unterteilt sich auf folgende Gewerbe gruppen:

Industrie und Handwerk 21,48, Landwirtschaft 3,16, Handel 1,80, Verkehr 1,93 und Sonstiges 1,16 Mill. Das gesamte deutsche

Volkseinkommen kann auf 70 bis 75 Mill. geschätzt werden. Nach den Berechnungen Lemmers soll sich das Arbeitseinkommen seit 1924 in Industrie, Handwerk, Handel und privatem Verkehr, also mit Ausnahme der landwirtschaftlichen und der in öffentlichen Betrieben tätigen Arbeiter, von 11,7 Mill. im Jahre 1924 auf 21,2 Milliarden im Jahre 1928 gehoben haben. Dies wäre allerdings eine geringe Steigerung. Sie ist aber nur zu erklären, weil die Löhne von 1924 außergewöhnlich niedrig lagen. Wenn aber die Rechnung stimmt, daß das gesuchte Volkseinkommen das Arbeitseinkommen um rund 30 Mill. überschreitet und die Lohn- und Gehaltsentgangen rund zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen, so steht fest, daß ein großer Teil des Volkseinkommens nicht zur Aufwertung des Verbrauchs dient.

Die Mehrzahl lebt in dünnen Verhältnissen.

Wie viele Menschen hierzulande in kümmerlichen Verhältnissen leben, offenbart die Statistik über die Steuerveranlagung. In Deutschland haben 90,81 Prozent aller Veranlagten ein Einkommen unter 8000 Mark im Jahr. In Tafel 17 von „Wirtschaft und Statistik“ werden die Reichsergebnisse der Einkommensteuerveranlagung von 1927 veröffentlicht. Die Schichtung der Steuerzahrenden war danach folgende:

Einkommensgruppen	überhaupt	% der Steuerzahnden
bis 1 500 M.	1 752 014	43,63
über 1 500 — 3 000 "	1 171 553	29,17
" 3 000 — 5 000 "	490 877	12,22
" 5 000 — 8 000 "	232 473	5,79
" 8 000 — 16 000 "	248 321	6,19
" 16 000 — 50 000 "	103 806	2,59
" 50 000 — 100 000 "	11 784	0,29
" 100 000 M.	4 885	0,12
insgesamt	4 015 713	100,00

Etwa 44 Prozent aller Bevölkerung hat nur ein Einkommen bis 1500 M. Nicht etwa im Monat, sondern im ganzen Jahr. 73 Prozent sämtlicher Veranlagten hat ein Einkommen bis 3000 M. oder bis zu 250 M. je Monat zur Verfügung. Die Mehrzahl der Deutschen besteht aus armen Leuten. Diese Tatsache erhartet die Steuerstatistik sehr deutlich. Will das Volk diese elende Lage zu verbessern suchen, dann redet man von der Begehrlichkeit der Massen.

Deutschlands Millionäre.

Aus den vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnissen der Statistik der Vermögenssteuerveranlagung 1927 ergibt sich, daß in der Gruppe der Vermögen über eine Million Reichsmark ein Zuwachs von 130 natürlichen pflichtigen Revisionen und ein Vermögenszuwachs von 442 Millionen seit 1925 eingetreten ist. Ein Zuwachs von 130 Millionen und eine Steigerung von 442 Mill. M. ist immerhin eine bemerkenswerte Tatfrage. 1925 versteuerten Deutschlands Millionäre ein Gesamtvermögen von 5,14 Milliarden M., 1927 hingegen ein solches von 5,58 Milliarden M. Auf jeden deutschen Millionär entfällt ein steuerpflichtiges Gesamtvermögen von rund 2,2 Mill. M. Nicht natürliche Personen, also Geschäftsführer usw., gab es 1926 4961 und 1927 4772, mitin eine Abnahme von 189. Das versteuerte Vermögen jedoch stieg von 22,28 auf 23,54 Milliarden, mitin eine Steigerung von 1,26 Milliarden M. Die durch die Statistik vermittelte Entwicklung zeigt, daß die Verhältnisse in Deutschland von 1925 bis 1927 doch nicht so schlecht sein konnten, sonst würde ein Zuwachs von 130 Millionen nicht eingetreten sein. Die Kapitalszusammenballung verzögert sich in Deutschland ganz gut zu erhalten und die Kapitalbildung bei den oberen Vermögen zeigt Neigung zum Steigen. Die reichen Leute in Deutschland haben durchaus keinen Grund zu klagen.

Bom Stande der Wohnungsnutz.

Es ist Pflicht der Presse, immer wieder auf die Tatsache der ungeheuren Wohnungsnutz hinzuweisen, weil sie sich nicht so offenkundig darstellt und nur aus den Zahlen der Statistik sowie bei einer Besichtigung der Wohnungen erkennbar wird. Haben doch schon interessierte Kreise es in der Öffentlichkeit gewagt, die Tatsache der Wohnungsnutz überhaupt zu bestreiten.

Das Reich hat durch eine Aufnahme der Wohnungen und ihrer Belegung, die 1927 stattfand, festgestellt, daß in den Gemeinden über 5000 Einwohner 791 094 Haushalte oder Familien ohne eigene Wohnung waren, also in doppelt und noch mehr belegten Wohnungen leben mußten. Bei fast der Hälfte der Fälle lagen vermischtschaftliche Beziehungen vor, was aber bekanntlich sehr oft das Zusammenwohnen nicht erleichtert. In 550 000 Fällen wurde trotz des Zusammenwohnens getrennte Wirtschaft und Küche geführt.

Diese Zahlen sprechen eine beredte Sprache. Aus ihnen ergibt sich bei vorsichtiger Bewertung der Einzelergebnisse das Fehlen von rund 750 000 Wohnungen, von denen 90 Prozent nicht mehr als Küche und zwei Zimmer zu haben brauchen. Dazu kommt der jährliche Nebenzug von neu begründeten gegenüber aufgelösten Haushalten von ungefähr 200 000, der durch die seit dem Kriege jährlich neu erstellten Wohnungen ungefähr ausgeglichen wird. Über die große Lücke bleibt und in ihr verbirgt sich eine ungesehene Summe menschlichen Glücks. Wenn nur die Überfüllung der Wohnungen zu beseitigen wäre, so wäre es schon schlimm genug; aber Überfüllung bedeutet stärkeren Verdrängung, bedeutet Vermehrung der Wohnungsmängel. Sehr zeitgemäß hat der Deutsche Verein für Wohnungsereform, um zu den trockenen Zahlen der Statistik lebendige Bilder zu bekommen, eine kleine Kommission durch Deutschland gefahren, die Wohnungen besichtigen sollte, wie sie ihr der Zufall gerade bot. Durchdringbar ist es, was diese Kommission in Niedersachsen*, im Saarland, in Berlin und sonst gesehen und zum Teil mit der Kamera festgehalten hat. Seuchenhende Menschenverdrängung in einem Ausmaße, wie es sich doch wohl nur wenige vorgestellt haben. Der darüber herausgegebene Bericht von dem Geschäftsführer des Vereins, Schwan: „Wohnungsclaud und Wohnungsnutz in Deutschland“, soll, wie es darin heißt, den Volksgenossen, die den ganzen Ernst des Problems nicht sehen wollen, die Größe der Not veranschaulichen. Und das ist nötig, denn in den Höhlen, von denen nach einer sachverständigen Schätzung rund 300 000 längst wegen Baufälligkeit und Gesundheitsgefahr abgerissen werden müssen, wachsen Hunderttausende von Kindern auf, deren Körper und Seele vergiftet ist

und die nun in den jetzt so schweren Daseinstämpf so schlecht vorbereitet hinzugestoßen werden.

Mit der Kenntnis dieser Tatsachen ausgerüstet, muß man immer wieder an die Arbeit herantreten, wenn es sich darum handelt, die Mittel für den Neubau von Wohnungen zu beschaffen. Waren wir nur auf den Kapitalmarkt angewiesen, hätten wir nur das Geld, das Hypothekenbanken und öffentliche Kreditanstalten aus dem Verkauf von Pfandbriefen sammlten, und die Sparkassen aus den Einsätzen der Sparer, dann würde niemand von denen, die es am nötigsten haben, die Miete erschwingen können, weil sie eben fünf- bis sechsmal so hoch sein müßte wie vor dem Kriege. Es würde also überhaupt nicht gebaut werden. Nun haben aber seit 1924 die Länder aus der Gebäudeaufschwung der Haushaltsteuer die Haushaltsteuerhypotheken in Höhe von rund 10 Prozent der Barlasten zu höchstens 3 Prozent, oft nur zu 1 Prozent hergegeben und so wurde die Bautätigkeit knapplich aufrechterhalten. Da aber die Haushaltsteuer in den Ländern ganz verschieden gehandhabt wird und z. B. in Preußen nur bis 31. März 1930 in Kraft ist — die letzte Verlängerung um ein Jahr steht schon auf Schwierigkeiten —, so bemüht sich die Reichsregierung um eine bessere und einheitliche Regelung für das ganze Reich und hat dem Reichstag eine Vorlage für ein neues Gebäudeaufschwungsteuergebot gemacht. Sie wird zurzeit in der Kommission beraten. Der Reichstag hat sie abgelehnt, weil die Ländervertretungen, die bekanntlich den Reichsrat bilden, es lieber sehen, wenn sie auf ihre Art weiterzutragen können. Die Vorlage braucht im Reichstag zwei Drittel Mehrheit, weil sie im Gegensatz zu Artikel 11 der Verfassung steht. Dieser Artikel besagt, daß das Reich bei Steuern, deren Ertrag den Ländern und Gemeinden zukommt, nur Grundzüge aufstellen soll, während die Gesetzgebung selbst den Ländern überlassen bleibt. Der Wunsch, hier zur Einheitlichkeit zu kommen, ist sehr charakteristisch für das Zusammenwachsen Deutschlands zum Einheitsstaat, das ein Teil der großen Nationalisierung ist, die wir im staatlichen und wirtschaftlichen Leben durchführen müssen. Hoffentlich bringt der Reichstag die erforderliche Energie auf, um das Gesetz rechtzeitig zu verabschieden, um damit die Wohnungsbaupolitik des nächsten Jahrzehnts zu sichern. Leider — das sagt die Regierung auch in der Vorlage beigegebenen Begründung — muß immer noch die Hälfte aus dem Einkommen der Steuer für die allgemeinen Finanzbedürfnisse der Länder und Gemeinden verbraucht werden. Um so bedauerlicher ist es, daß die Höhe der Steuer, wenigstens gegenüber dem bisherigen Einkommen in Preußen, herabgesetzt ist. Auch da wird der Reichstag bei seinen Entschlüssen der Wohnungsnutz eingedenkt sein müssen, wobei er gegenüber den in den Parteien der Rechten und der Mitte starken Einflüssen des organisierten Haushaltsetzes keine leichte Arbeit haben wird. A. Thimm.

* Es sei auf die Schilderung der Waldbauinger Wohnungsnutz in dem Bericht des Verfassers über die Tätigkeit der niedersächsischen Treuhänderstelle im Laufe des Jahres 1922 der „Bauarbeiter-Zeitung“ verwiesen.

Haus und Leben

Der Augenblick.

Unermeßlich ist uns das Unendliche und unfaßbar das Ewige. Wir sind Wesen des Bergäuglichen und die Minute ist unser Reich. Sie können wir fassen. Sie können wir füllen und nutzen. Und sie zu füllen und zu nutzen ist die menschliche Aufgabe gegenüber dem ewigen Werden.

Nuße die Minute! Stehe mit beiden Füßen im Bergäuglichen des irdischen Seins, wohin du gehörst, und fasse den Augenblick! Das ist Tat. Das ist Leben. Das ist die praktische Erfüllung der Menschenpflicht.

Wir schauen auch gern einmal hinauf zu den Sternen, ins unendliche All. Wir versenken uns gern einmal in das Unfaßbare, das die Entwicklung bedeutet, diese gewaltige, Jahrtausende lange Entwicklung vom Urnebel bis zu dem Menschen. Aber was ist all das Betrachten, wenn es sich nicht praktisch kristallisiert? Wenn es nicht zum lebendigen Reime des Neuen wird?

Tat! Laß dein großes Fühlen ins Leben strömen! Wachse, daß du immer besser und voller den Augenblick fassen kannst.

Der Augenblick ist es, auf den es ankommt. Das beweist uns so großartig die stolze Bewegung, zu der wir gehören. Was war es denn, das sie zu dieser Größe werden ließ? Der Augenblick. Die Auflösung in jeder Minute, die sich jedem bot. Die Kleinarbeit an Tausenden von Täufenden.

Darum nuße den Augenblick! Ungemüht ist er für ewig vergangen, aber geruht ist er auch vergangen noch da. In deiner Tat. In deiner Leistung für die Bewegung.

Das ist das herrliche Leben, das da ausgefüllt ist in allen Augenblicken. Das ist das zukunftstragende Leben, das da so ganz sich erschöpft. Das ist das ewige Leben, das sich da immer und immer in Tat befreit.

Das neue Jahrhundert.

„Das ist immer so gewesen und das wird ewig so sein.“ So sprachen sie vom Kriege und vom Kapitalismus. So sprechen sie von jedem Streben nach neuer, ganz anderer, menschlicher Zukunft. Sie vermögen nicht, die paar Jahrtausende der Geschichte nur als Epoche des Wandens zu sehen, der mit unserer Zeit eine neue Epoche folgt. Solch großerartige Aussöhnung vom Weltgeschehen stört manchen die Ruhe, beschwert sein Denken, belästigt sein Gefühl. Und darum bleibt er lieber im Tage und im Augenblick.

Die Zeit, die wir tragen, zwingt zu ganz anderem Denken, zu einem großartigen, revolutionären Erfassen der Welt. Jahrhunderte sind oft wie ein Tag, und ein Tag ist oft einem Jahrhundert gleichzutragen. Und diese Zeit, in der wir leben, ist einem Jahrhundert gleich. Die Zeit ist reif. Ein neues Gewebe soll werden. Und den Flügelstoss jöch einer Zeit kann man vorübergehend lähmen, dauernd hemmen nicht.

Menterei.

In diesen Tagen habe ich einen ehemaligen Schulkameraden besucht. Er ist heute in der Nähe Leipzigs verheiratet, hat einige Kinder, die der Erziehung entsprechen, einmal tüchtige Gewerkschafter und Genossen zu werden, und er, mein Freund, ist der selbe uneigennützige Kämpfer für Menschlichkeit wie einst. Wir plauderten über alles: Lohnverhältnisse, den geplanten Abbruch der Arbeitslosenversicherung, Nöte der Zeit.

Und während wir uns unterhielten und einige Brötchen verzehrten, die seine tüchtige Frau dem Gäste bieten konnte, fiel mein Blick auf das Bücherbrett über dem Sofa. Ich sah die Ränder der Bände: „Michael Kohlhaas“ von Kleist. Ach so, das ist ja der arme Unterdrückte, der verzweifelt zusieht, sein Recht zu suchen. Eine Erinnerung dämmert in mir auf.

Wir waren Kinder. Mein Freund wohnte mit seinen Eltern im „Spittel“. Dort, im Armenhaus, hat der arme Karl seine ganze Jugend verlebt. Die Leute im Armenhaus wurden im ganzen Dorfe sehr angesehen. Man „kannt“ sie. Und Kleist, und Reichart glaubt immer wohlstandig zu sein! Ich sah sie mit denselben Verächtlichkeit an, wie durchziehende Zigeuner. Der Vater arbeitete auf dem Grashof. Er wollte gern im Schacht arbeiten wie unsere Väter. Aber der Bergmann muß ein ärztliches Zeugnis haben, bevor er einspringen darf, und kein Arzt stellt dies dem häuslichen Mann aus. So verdiente er eigentlich wenig — noch weniger als unsere Väter. Weil er einige Male die Miete nicht bezahlen konnte, wurden ihm die wenigen Möbel, die er erst mühselig nach seiner Verheiratung auf Rummionen entzogen, größtenteils gespanset. Dann war er ihm der Hauswirt haus und die Gewerkschaft den unliebsamen Ortsgenossen ins Armenhaus.

Mein Freund war das älteste Kind von fünf Geschwistern. Nirgendwo ist solches Elendshagen vielleicht anmaßender und frecher als auf dem Dorfe. Amant ist eine Schande, da helfen nur verbrannte Hände nichts. Und sicherlich sind die Kinder am rohsten. Auch viele, viele Arbeitende sind dabei, denen die gespansste Melodie der Städtelei von untermüngten Eltern vorgelesen wurde. Die törichten Bonner Kinder — wie grausam haben sie meinem Freunde mitgespielt! Wie hässchten sie den Spitteljungen — gleich ihren Vätern! Aber in der Schule, wenn diese Kinder mit den feinen Polonaiseengelgeschöpfen vor eine Frage gestellt wurden, da waren sie plötzlich freundlich zu ihm. „He, Karl, sag es mir, du kriegst auch einen Jünger!“

Karl war nicht auf den Kopf gefallen; er hätte der klassenreiche Vater Großvater im Ort war. Der Lehrer, ein Brüderlicher Vater, hatte einige Male eine schwere Strafe gegeben. Man hat Verpflichtungen, nicht wahr? Und einer aus

Es ist deine Pflicht, zu Größe dich zu erheben aus dem Berger, der Verbitterung und des Grossen. Und der Ruhe und der Gemüthskeit. Nur Schöpferwerke können den Sieg bringen. Und steht die Geschichte auch, im kleinen betrachtet, anscheinend still oder kommt vorübergehend einmal ein Rutschtag, dann wachsen wir in der Tiefe der Kraft, in Energien des Kumpels, in verhaltene Glut, daß das Eine nur bleibt, das allein uns rettet, der holdbarische Wille der Massen, der da sein Ziel nicht verliert.

Mit dem neuen Jahrhundert wächst der Mensch zu neuer Größe heraus. Aus der Trübe des Sorgentags steigt er hinauf in die Freude der Weltgestaltung. Und den Lust der Geschäftigkeit und des Kleinlichen wirkt er hinweg, um, von der geschichtlichen Größe der Stunde durchzittert, den Blick zu lenken in die neue Freiheit, die da waltet.

Sei so groß wie das Jahrhundert, das du zu tragen hast! Stolz und stolz! Brüderlich und glaubend! Solidarisch und treu! Sei würdig!

Dr. Gustav Hollmann.

Wöhler.

Die Erläuterung dieses Wortes findet man nicht in Meyers Lexikon, auch nicht im Duden, trotzdem es Verwandtschaft mit „herumwöhlen“, „draufloswöhlen“ usw. hat. Wo es zu finden ist? Im Sprachbuch der Kumpels. Die Bergleute bezeichnen den Kumpel als Wöhler, der ohne Rücksicht auf sein Wohl und Leben und seiner Kumpels drauflos arbeitet, dessen einziger Gedanke „Benjam!“, „Benjam!“ heißt. Bergpolizeivorschriften und Unfallgefahren sind ihm Nebensache. Und das alles, um lieb Kind bei den Steigern zu sein. Wenn es junge Arbeiter sind, dann kommt hinzu das Prahlen mit den überschüssigen, noch unverbrauchten Kräften, gemengt mit den fehlenden Kenntnissen daraus entstehender Folgen. Charakterzüge der Wöhler sind mangelndes Selbst- und Klassenbewußtsein und Denut vor allem, was Vorgerister heißt. Sie wollen etwas werden, etwas sein, sind aber politisch und wirtschaftlich natürlich unorganisiert. Wieviel Unheil von solchen Charakteren angerichtet werden kann, sei hier an einem wirklich geschehenen Beispiel gezeigt.

Ein Schüttelknotsbewerbet in Flöz 26. Die Kohle war sehr fest. Es wurde deshalb mit einer Schrämmaschine vorgearbeitet. Der Schram durfte nur vorsichtig auf kurze Länge und Breite herausgekratzt werden, denn zu plötzlich kippte die Kohle in diesen Lagen um und gefährdet die arbeitenden Kumpels. Sicherden war das Hangende sehr brüchig. Nur durch systematische Vorbildung war das Durchbrechen des Hangenden zu verhüten. Jeder Kumpel in der Stube wußte das und handelte dementsprechend. Nur zwei Hauer nicht, zwei bekannte Wöhler. Sie waren erst von einem anderen Hauer nach Flöz 26 verlegt worden, um ihre „Qualitäten“ bei uns einzuführen. Sie sollten das Ge-

47 Woche vom 17. bis 23. November
Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein

Flirt.

Pussi, ein holdes Mägdlein,
War eitel Lust und Sonnenchein.
Sie tanzte gern, sie schaute gern,
Sedoch sie hatte keinen „Stier“.

Ein eleganter junger Mann
Sprach einmal sie vertraulich an.
Entzückt, beglückt ging sie mit ihm
In ein Café, wo sie intim
Mit ihm parlieren konnte.

Er war so vornehm, so splendid.
Sie hatte guten Appetit.
Kaffee Kaffee, Torte und Konfit
Kam eine Glasche Söhrlein Selt.
Ach, das war einfach himmlisch!

Er knutschte sie und küßte sie.
Sie war so selig wie noch nie.
Als er ihr — ihr alleine nur! —
Unwiderrückbare Liebe schwur
Bis an dein Lebensende.

Kaff dieser Liebeshuldigung
Bot er sie um Entschuldigung.
Er müsse, sagte er, hinaus
In ein gewisses hinterhause.
Er ging und kam nicht wieder.

Der Wirt blieb um die Schul gebrellt,
Denn Pussi hatte auch kein Geld.
Zest merkte sie, daß man beim Flirt
Oft schmälich hintergangen wird.
Wie schlecht sind doch die Männer!

Victor Kalinowski.

dem Spittel als Klassenerster — unmöglich! Das der Lehrer beim Benzinregeln die Kinder der Reichen bevorzugte, wußten wir wohl. Hatte er es nicht getan, vielleicht wäre ihm dann manche Bergaufzügung entfallen, sein gewiß nicht hohes Gehalt noch höher geworden, aber er wäre ein Mann geblieben.

In der Schule war Karl tüchtig, der strengste Lehrer konnte ihm nichts anhaben. Aber manchmal hatte er seine Schularbeiten nicht gemacht. Er konnte sie nicht machen. Seine Mutter war in der Kreisschule in Arbeit, um etwas zu verdienen. So waren die Kinder den ganzen Tag allein und mußten die Hausarbeit tun und die kleinen Kinder betreuen. Ihre Jugend zerfloss in Müllerschaft und Arbeit. Das Leben mißhandelte sie und machte sie rot, immer sprungbereit und fröhlich.

dinge höherschrauben. Es gelang diesen „Großen“ auch. Alle Vorsichtsmäßigkeiten außer acht laßend, unterschrämt beide mehrere Schalholzlängen in der Höhe zugleich. Dadurch stürzten immer mehrere Wagen Kohle zugleich um. Ihre Arbeit ging deshalb schneller vorwärts als bei den anderen Kumpels, die vorschriftsmäßig arbeiteten. Zwei Schichten ging es so. Bekämpfung erschien in der dritten Schicht. Betriebsführer und Fahrsteiger kamen die Strecke heruntergetrocknet. Die weiter oben in der Strecke arbeitenden Kumpels überschütteten die Beamten mit Klagen über die ungeheure Leistung.

Der Arbeitsort der beiden war erreicht. Diese Kerls hatten die Benzinklampen schon, von weitem geglüht und wilden jetzt drauflos, unterschrämt schnell einige Meter Kohle und die Beamten genossen das Schauspiel, daß eine Länge Kohle nach der anderen nur so umprasselte. Erstaunt betrachteten die beiden das Wirk, sahen sich verständnisvoll an, dann die „talentierten“ Arbeiter. Fröhlich fragte der Betriebsführer: „Die Kohle geht hier wohl sehr gut?“ „Ja“, antworteten die Dienstbefüllten sofort. „Da kommt Ihr wohl Eure Leistung fertig?“, ging es in lautseligem Tone weiter. „Selbstverständlich, ganz gemütlisch sogar, Herr Betriebsführer!“ Liebenvoll schmunzelnd grüßten die Beamten und zogen von dannen.

Die Schicht darauf. Der Kutschenälteste meldete: „Ab heute neues Gedinge. Statt neun Wagen Kohle muß jetzt jeder zwölf Wagen schicken. Neben muß vier statt drei Schalholzer Kohle machen und ausbauen!“ Alles murkte, doch im Moment war davon nichts zu machen, trotzdem diese Forderung eine unmögliche Leistung bedeutete. Das war die erste unangenehme Auswirkung der Tätigkeit der beiden Dämmäuer. Solche Arbeiter drücken den Lohn durch ihre planlose Methode, erhöhen die Leistung bis aufs äußerste und werden dann wieder in andere Arbeitsorte verlegt, um hier das schändliche Spiel von neuem zu beginnen. Schauten drei bis vier Monate drauflos, zermürben ihre Kraft und melden sich dann krank. Ihr hoher Lohn sichert ihnen hohes Krankengeld. Diese Leute belasten diese sozialen Einrichtungen der Arbeiter am stärksten und doch kritisieren sie alles, was von den organisierten Arbeitern geschaffen und erhalten wird.

Ahren wir zu unseren Wöhler zurück. Alle Proteste gegen die Gedinge erhöhung scheiterten. Viele Kumpels erreichten nicht das erhöhte Benzin in ihren Schichten. Strafen wegen Minderleistung, Schimpfworte wie „faule Bande“, „Dämmäuer“ usw. fielen täglich.

Morgenschicht. Wie üblich ratterten Rutschchen und Abbauhämmer. Blödlich ein Ruck. Die Rutsche stand. Was war geschehen? Wieder hatten die beiden Wöhler vorschriftswidrig gearbeitet. Umfallende Kohle zerschlug den Ausbau und verschüttete die beiden Wöhler. Die zu Hilfe eilenden Kameraden wurden ebenfalls verschüttet. Mühevoll gestalteten sich die Bergungsarbeiten. Mit zerstörten Gliedern konnten die drei Kameraden und der jüngere „talentierte“ Hauer geborgen werden. Der anderen hatte das Bergmannslos getroffen.

Ein volles Jahr ist seit jenem Tage vergangen. Da traf ich den jungen Wöhler. Mühsam auf zwei Stöcke gestützt, bewegte er sich vorwärts, besorgt begleitet von seiner jungen Frau. Es waren seine ersten Gehversuche nach langem Krankenlager. H. Klose.

Eines Tages nun gab es in der Schule eine kleine Palastrevolution. Der Lehrer fragte meinen Freund: „Warum hast Du Deine Schularbeiten nicht gemacht?“

„Ich habe meiner Schwester beim Aufwaschen geholfen.“ (Der Lehrer wußte, daß die Mutter arbeitete.) „Und dann?“

„Dann habe ich meiner kleinen Schwester die Absätze auf den Schuhengröße gemacht. Im Sommer gehen wir barfuß, aber jetzt geht das nicht.“

„Will ich nicht wissen. Was weiter?“ „Dort habe ich Petrol vom Schacht geholt. Dann habe ich — et stellte ein wenig — „Pferdeäpfel gesammelt und in der Eisengießerei verkauft. Dann Karmelitfutter gesucht. Und dann war es krisier. Licht darf ich nicht brennen, weil das Petroleum so teuer ist.“

Der Lehrer beschäftigte sich gelangweilt mit seinen Fingernägeln. Er war dem Gleis gegenüber sturzfuß geworden und saß in ihm mit ein häßliches, unvermeidbares Nebel. Einem anderen hätten diese Worte zu denten geben müssen. Ihm nicht.

„Die Ausreden kennen wir schon. Komm vor!“ Er schwang den Stock.

„Herr Lehrer“, sagte mein Freund schüchtern, aber bestimmt, vorige Woche, als ich und der Richter (Sohn eines Bauern) die häuslichen Arbeiten nicht gemacht haben, bekamen wir beide keine Prügel.“

„Karl, lüge nicht!“ Grinzende in der Klasse mutteten. Das waren die Kinder der Togelöbner und Bergleute: „Doch, das ist wahr! Und ein anderermal haben Sie den Richter plötzlich einen Weg besorgen lassen, als er auch seine Schularbeiten nicht gemacht hatte. Und Karl hat Prügel geziert!“

„Wollt Ihr ruhig sein?“ Er sprang wütend auf, seine Stahlbrille klappte auf der Stirn. Geifer stand auf seinen erregten Lippen. Der Widerprüch schwoll an. Die Köpfe staken zusammen. Tuscheln und Gischen begleiteten auf. Fauchend schwirrte der Stock durch die Luft und klatschte auf den Fußboden. Noch keine Ruck. Des Lehrers Gesicht war fröhlich. Seine Blicke trocken von Baal zu Baal. Dann sprang er mit federnden Sägen durch die Reihen und schlug uns wohllos auf den Rücken. Dann bekam Karl seine Prügel, die er standhaft ertrug. Wir, die Meuterer, mußten zwei Strichen nachsitzen und den Stock seitwärts ins Buch schreiben: „Ich soll dem Herrn Lehrer immer gehorchen.“

Lehrer dieses Erlebnis plauderte ich mit meinem Freunde „Ja“, sagte er, „die Obrigkeitsschule hat dem Arbeitende gezeigt, zu welcher Front es gehört. Der Lehrer war in den meisten Fällen nur Werkzeug und Büttel der Besitzenden. Freuen wir uns, daß es weitestens teilweise gelungen ist, die Jugend, die Trägerin der Zukunft, im Sinne der Gemeinschaft zu erziehen.“ Arthur Jahr.

Der Transport Schwerverletzter unter Tage.

Bei all den Bestrebungen in letzter Zeit, Zahl und Schwere der leider so häufigen Betriebsunfälle im Bergbau herabzu mindern, wird bei aller Anerkennung des bisher Erreichten leider eine sehr wichtige Angelegenheit fast völlig außer acht gelassen. Das ist die Frage, wie man einen verunglückten Bergmann, nach dem der Unfall geschoben ist, am zweckmäßigsten transportiert.

Für den Transport nicht gefährlicher Verletzter ist im Bergbau die Krankentrage als unentbehrliches Hilfsmittel anerkannt. In jeglicher Beziehung gilt es als erprobenswertes Ziel, den Verletzten unmittelbar vor den Unfallstelle aus bis in die Hände des Arztes ohne Umbettung zu fördern. Die Schwierigkeit dieser Forderung, soweit sie überhaupt unter den besonderen Verhältnissen des Bergbaus erfüllbar ist, wird leider noch oft verkauft. Und um nur einigermaßen dieses Ziel zu erreichen, muß die ganze Willenskraft aller Beteiligten aufgeboten werden. Unter oft ganz sonderbaren Umständen entstehen schwere Verletzungen, es ist z. B. aus dem Kohlenstoß im Falle einer Kohlenlage (oder das Gebirge) ausgebrochen und wirkt den Bergmann auf die Arbeitsebene (bei steiler Lagerung) oder auf die Nutzfläche (in flacher Lagerung) in schwerverletztem Zustand, und es drohen nun weitere Kohlen- oder Gesteinsmassen nachzubrechen. Hier kann natürlich der Verletzte nicht liegen bis die Krankentrage herbeigeholt wird, sondern der Verletzte muß unverzüglich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aus dieser Gefahrenzone herauftauchen werden. Bei gefährlichen Brüchen in Stufen sowie beim Ausbruch von schädlichen Gasen u. a. m. gilt der gleiche Grundsatz. Auch wird es nicht immer möglich sein, am Unfallort selbst den ersten Notverband anzulegen. Bei steiler Lagerung wird es oft schwer sein, einen derartigen Verband auf Ort und Stelle einzubringen, während bei flacher Lagerung fast immer in nächster Nähe des Unfallortes dem Verletzten die "erste Hilfe" zuteil werden kann. Auch der Transport Schwerverletzter in dünnen flach gelagerten Flözen, Nutzschneeben von 65 bis 100 Zentimeter Mächtigkeit und flacher Beulänge von 150 Meter und mehr ist sehr schwierig und für den Verletzten selbst sehr qualvoll. Unter allen Umständen muß vermieden werden, daß man einen Schwerverletzten (Wirkbündelbruch) in einem dünnen flach gelagerten Flöz auf eine sperrige Trage legt und nachträglich erst sieht, daß diese sperrige Trage mit dem Verletzten darauf nicht durchgehoben werden kann. Ein letztem Falle kann man sich damit helfen, daß der Verletzte auf ein Decke gehoben und dann so durch die Stütze bis in die Strecke transportiert wird.

Noch manches könnte über die Transportmöglichkeit angeführt werden und sehr leicht läßt sich beweisen, daß auch hier zwischen Theorie und Praxis eine weite Kluft besteht. Es erscheint angebracht, zu der häufig insbesondere von Bergleuten erhobenen Forderung Stellung zu nehmen, daß die Grunderträge so beschaffen sein soll, daß sie ohne Schwierigkeiten in einem leeren Förderwagen untergebracht werden kann. Die Förderwagen sind grundsätzlich ungefedert und die Länge schwankt zwischen 1,40 und 2 Meter, desgleichen ist die Höhe der Wagen sehr verschieden. Viele Förderwagen, insbesondere die neueren, sind in der Mitte durch eine Eisenstange, welche die Längswände verbindet, verstärkt. Dadurch ist es sehr schwierig, einen nicht gebündelten Verletzten in den Wagen hinzubringen. Ein gut federndes Zwischenmittel, vier Haken mit Federung, zwischen Trage und Wagenwand einzubringen ist dann schon unmöglich geworden. Die Beförderung eines Verletzten in solch einem Förderwagen ist schon bei kleineren Wunden sehr quälend und muß bei schweren Gelenkbrüchen (Wirkbündelbruch) als ausgeschlossen gelten. Schwerverletzte können aus diesen Gründen nicht in Förderwagen, sondern auf besonders für diesen Zweck hergerichteten, leicht federnden Wagen oder fahrbaren Unterstellen transportiert werden.

Zum einiges zu den verschiedenen Tragen, die im Bergbau unter den verschiedensten Verhältnissen und Schwierigkeiten gebraucht werden. Recht häufig tritt noch die einfache zusammenlegbare Krankentrage auf, wie sie vom Sanitäter und im Felde gebraucht wird, die aber wegen ihrer Sperrigkeit und Länge nur für Transporte in Querstrecken und Rüststrecken in Frage kommen kann. In vielen Fällen kommt eine der bisher üblichen starren Tragen, meist mit Drahtgeflecht als Unterlage, sperrig, lang, zum Passieren kurzer schärfener Ecken, zum Transport in Aufbrüchen, dünnen Flözen, steiler Lagerung usw. völlig un-

geeignet, in Anwendung. Unter den vielen und verschiedenen Systemen der Krankentragen befinden sich zwei Systeme, die eine nähere Betrachtung verdiensten. Bei besonders schweren Verletzungen, mehrfachen Gelenkbrüchen, Bauchverletzungen usw., ist die Lagerung in einer lombartigen Trage (Schleifstorch) empfohlen worden. Diese Schleifstorchtrage besteht aus Metall (Aluminium) und ist rund 1,90 Meter lang und steht aus wie ein Trog oder eine Molle. Ist diese Schleifstorchtrage an sich schon lang und sperrig, so muß dieselbe auch bei einfachen Gelenkbrüchen beim Transport in Aufbrüchen und Brennbergen aufrechtgestellt werden, da mindestens 80 Prozent der Förderstelle nicht die Länge haben, die ein Hindernis der Trage gestalten.

Noch ein anderer Umstand tritt hinzu. Bedeutlich treten die Schmerzen bei größeren Verletzungen erst eine geraume Zeit nach der Verletzung stärker auf. Muß nun der Verletzte aus diesem Schleifstorch hochgehoben werden, so ist es für den Verletzten sehr schmerhaft und kann zu Komplikationen führen. Hier verhindert der praktische Bergmann eine umklappbare Seitenwand, die ein sonstiges Hinübergleiten (bei der Umbettung) ermöglichen und jedes Auheben ausschließen würde. Empfehlenswerter, wenn auch nicht vollkommen, ist die Grubenkleibrattetrage, die aus Holz besteht und rund 1,45 Meter lang und verstellbar ist. Vorteilhaft ist erstmals: die Trage ist kürzer und verstellbar, zweitens: an den vier Ecken des Kleibratts ist je ein kräftiger erferner Griff zum Tragen, Schieben und Ziehen, drittens: die geringe Höhe der Trage, die den Transport Verletzter auch in ganz dünnen Flözen gestattet, viertens: mit ausziehbaren Holmen und einklappbaren Kopfstell, fünftens kann auch hier der Verletzte mit Gürteln und Stichen eingeschnallt werden zum Transport in Aufbrüchen ohne Förderung. Vollkommen ist nur eine solche Trage zu rechnen, die es ermöglicht, den Verletzten vom Unfallort (ganz gleich, ob dünnes Flöz, ob steile Lagerung oder Aufbruch) ins Krankenhaus zu fördern, ohne daß er umgedreht zu werden braucht.

Auch die Bergpolizeiverordnung vom 1. Januar 1911 sagt wenig in dieser Frage, hemt im § 35 schriftlich folgendes: "An geeigneten Stellen in der Grube sind Tragbahnen zur Beförderung Verletzter und Erkrankter aufzubewahren. Auf je 100 in der Hauptdichtheit beschäftigte Personen muß mindestens eine Tragbahn vorhanden sein." Erst eine Verfügung des Oberbergamts Dortmund (I, 2457/1127) zeigte teilweise neue Wege für den Transport Schwerverletzter in der Grube. Die genaue Ver

fügung fragt u. a.: „Unsere Erfahrung hat gezeigt, daß noch nicht auf allen Stellen, die wenig mächtige Flöze mit Nutzflächenstreben haben, die Frage des schonenden Übertransports von Verletzten aus solchen Betrieben die gebührende Aufmerksamkeit findet. Wir ersuchen daher, der Frage des Verletzentransports Ihre (des Betriebsbeamten) Aufmerksamkeit zu schenken und größere Bewilligung von Nutzflächenstreben in dünnen Flözen nur dann zu zulassen, wenn geeignete Transportmöglichkeiten für Verletzte in der Nähe der fraglichen Betriebe bereithalten werden. Möglicherweise sind besondere Fluchtstörte in zweckmäßigen Abständen zu fordern.“

Das all diesen Gründen verdienstvolle Hauptforderungen festzuhalten zu werden:

1. Die zum Transport von Verletzten bestimmten Tragen sind amter Tage an geeigneten Stellen so aufzubewahren, daß sie möglichst rasch zum Unfallort geschafft werden können.
2. Solche Tragen verdienen den Vorzug, die den Transport eines Verletzten in völlig ausgestreckter Lage, irgendwo hängend und als Unterlage eine glatte Fläche für den Körper bildend, gestatten.
3. Der Verletzte ist durch Einwicklung in Decken gegen Kälte zu schützen, da besonders Schwerverletzte, häufig noch durch großen Blutverlust geschwächt, beim Transport durch die von der kalten Luft bestrahlten Förderstrecken sehr unter Frostgefühl leiden.
4. Etwaige an der Trage befindliche Stoße müssen nach Möglichkeit der Wärme, der Feuchtigkeit und dem Staub standhalten können.

Zum Schluß sei noch besonders erwähnt, daß auf diesem Gebiete noch sehr viel zu tun ist und alles, was getan werden kann, unabdingt geschehen muß, damit ein Schwerverletzter auch

unter schwierigen Verhältnissen nicht noch größere Schmerzen und Leid tragen muss, als ihm seine Verletzungen ohnehin schon bereiten. Daraus muß außer den maßgebenden Förschäften (Bergaufsichtsbehörde, Organisationen und Betriebsräte) auch die gesamte Bergarbeiterchaft dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

E. A.

Zur Gesteinskaubgefahr.

Unter den vielerlei Beschäftigungsarten im Bergbau kann man wohl die Gesteinskau als diejenige betrachten, die am meisten schädigend auf die Atmungsorgane des Arbeiters einwirkt. Zu der Tatsache, daß sie eine körperlich schwere und nervenzerrüttende Arbeit ist, kommt hinzu, daß der beim Bohren sich entwidelnde und ausgeworfene Gesteinstaub die inneren Organe des menschlichen Körpers, hauptsächlich die Lunge, schwer angreift und mit der Zeit total ruiniert. Dieser Staub setzt sich in die Lunge fest und verdichtet sich dort derartig, daß die Atmung schwer beeinträchtigt wird und damit ein Arbeiten unmöglich macht.

In der Praxis nennt man diese Krankheit Steinlung. Schon mancher brave Knoppe mußte deswegen früh ins Gras bücken. Seit einer Weile von Jahren läuft der Bergbauindustrie-Betriebsverband um Förderung und möglichste Verhinderung dieser Krankheit. Er hat erreicht, daß die Unternehmer sogenannte Schutzmasken und -schwämme einführen müssen, die das Eindringen des Staues in die Atmungsorgane verhindern sollen. Der beste Erfolg des Verbandes war aber, daß die Steinlunge als Unfall ausgeschlagen und behandelt werden muß und deshalb die Kameraden, die von dieser tödlichen Krankheit befallen sind, durch ihre Mente doch wenigstens materiell etwas entschädigt sind.

Bezüglich der Masken und Schwämme sei hier noch erwähnt, daß das Arbeiten mit seltenen Instrumenten kein leichtes ist, zumal Mund und Nase nicht genug durchatmen können. Die Folge ist, daß der Kumpel kolossal schwört und in seinen Arbeitsbewegungen sehr gehemmt wird. Daß man aus diesem Grund Maske und Schwamm oft abwirft in die Ecke wirft, ist leicht erkläbar. Man kann mit der Zeit deshalb auf den Gedanken, einen Apparat zu schaffen, der die Bildung von Staub überhaupt verhindern sollte oder aber denselben vom Betriebspunkt wegleiten könnte, ohne daß der Kumpel davon belästigt würde.

Viele Apparate sind in den letzten Jahren konstruiert worden, doch kein einziger hat bis jetzt Anfang bei Unternehmen und Werken gefunden.

Diesen beiden Instanzen kommt es natürlich nur darauf an, einen Apparat einzuführen, der bei seiner Herstellung wenig kostet, der auch stabil sein muß, damit er nicht leicht beschädigt wird und leicht zu handhaben ist. Vor allen Dingen darf er die Arbeitsleistung nicht einschränken. Doch, Kameraden, werft die euch gebotenen Schutzmaßnahmen nicht ab, beiseite, es geht um eure Gesundheit! Die Folgen können sehr zeitig. Schon mancher lieber Kamerad ruht in tiefer Erde oder aber er steht in seinen besten Jahren und ist nur noch ein wandeinender Leichnam.

Dem Unternehmer ist es aber mit der Erführung eines geeigneten Apparates noch kein Ernst. Man scheut die Unkosten. Wohl hat man im vorigen Jahre ein großes Preisausschreiben veranstaltet, um aus den vielen Bewerbungen den geeigneten Apparat auszusuchen. Man hört und sieht aber nicht mehr davon. Den armen Gesteinskau hat man weiter in seinem Leid gelassen. Wann kommt endlich die Erlösung? Unternehmer, Bergbehörde: Tausende von Leidensgenossen warten auf Antwort!

Es ist nicht genug damit, daß man die Steinlunge als Berufskrankheit anerkannt hat, sondern wir wollen nicht erst erkranken, wir wollen gesund bleiben. Es gibt heute schon einen guten Apparat. Der Erfinder desselben war jahrelang selbst als Gesteinskau tätig, so manchen braven Kameraden sah er in seiner Jugend dahinsiechen. Aus diesem Grunde kam er auf den Gedanken, selbst einen geeigneten Apparat zu schaffen. Dieses ist ihm in vollem Umfang gelungen. Er hat derselben auf mehreren größeren Schachtanlagen im Besitz von höheren technischen Beamten vorgeführt und überall die größte Anerkennung gefunden in bezug auf Vollkommenheit des Apparates. Nach Kameraden, die bei der Vorführung zugegen waren und die Vorzüge des Apparates sahen, sind bei demselben begeistert. Der Erfinder ist der Bergbeamte Emil Gerhard, wohnhaft in Alten, Stockumer Straße 40. H. K.

BUCHERTISCH

Ein Kumpel.

Wücher sind, wenigstens für arme Leute, heute noch viel zu teuer. Wie wenig kann der strebende, lernende Arbeitnehmer sein Bedürfnis nach wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, unterhaltender Literatur durch Kauf befriedigen. Und doch gehört ein gutes Buch, als Rüstzeug im Kampf oder als Unterhaltung für stillen Stunden, in jedes Arbeitserheim, auf jeden Geburtstag oder Weihnachtstag. Das Buch, das wir nachstehend empfohlen, bietet beides: Es ist erstaunlich, aber auch komödiantisch. Georg Werner, der Gründer des rheinisch-westfälischen Steigerverbands, jetzt Herausgeber der "Knapsack", hat es geschrieben. (Ein Raumvel Erzählung aus dem Bergmannsleben. Verlag der Knapsack, Berlin-Steglitz, 4,50 M.) Eine Gewerkschaftsausgabe ist im Kommissionsverlag des DGB, erschienen und für 3,50 M. auch durch unsere Buchhandlung zu beziehen. Das Buch ist gut ausgestattet, in blau Leinen mit Goldrand gebunden.)

Das Buch ist Lebensgeschichte, Roman und Wirtschaftsposse zugleich. Werner schildert in ihm einen Teil seines Lebenlaufs, seine Jugendjahre als Grubenarbeiter in Schlesien, seine Arbeit, seinen Berufsbildungs- und seine Steigerjahre im Ruhrgebiet. Mit 14 Jahren ging Werner zur Zech und entschied sich später, statt Abiturienten "Ziegelböhner" zu werden, für die Grube. In Schlesien und im Ruhrgebiet verlor er harte Bergmannsjahre. Seine Schilderungen aus dieser Zeit sind interessant und lebenswahr. Mit ungemeiner Energie strohte er vorwärts. Mit 22 Jahren war er Steiger, mit 29 Jahren machte er das Betriebsführerkommen. Er kam aber nicht, wie so mancher anderer "Gefährten", der dem Kuhkumpel oft als Beweis dafür vorgehalten wird, daß es auch der arme Teufel zu etwas bringen könne, zu Macht und Würden im Bergbau, sondern er stieg hinauf! Er gründete den Steigerverband, der dann bald mit Hilfe der Steiger Fetschi bekannt wurde, die von einem Spitzel die Bergleiderliste stahlen ließ und sie den Unternehmern zwangsweise abgaben, auch der Mitglieder ausnutzte. Die Kumpfjahre kommen leider in diesem Band aus Raum- und anderen Gründen noch nicht geschildert werden, das nur einem weiteren Band vorbehalten bleiben.

In seiner "Karriere" als Grubenbeamter schaffte Werner an seiner sozialen Einstellung. Er war ein sozialer, ehrgeiziger Steiger, dessen Stolz es war, sein Stand in Richtung zu haben und etwas zu leisten. Er lehrte sich aber bewußt ab von

dem System, durch Antreiben der Kumpels die Leistung seines Reviers zu steigern, sondern er hatte sich im Gegenteil die Überzeugung erarbeitet, daß der andere Weg besseren Erfolg gewährleiste. Das System, den Betrieb auf Nebenleitung einzustellen, den einen Bergmann zum Teufel des andern, den Steiger zum Teufel der Bergleute und die Oberbeamten zu Teufeln der Steiger zu machen, erzielte auch "Erfolge", wenn man nur auf den Förderstrecken sah. Werner sagt darüber:

„Das System der Leitung schafft verbitterte, unzufriedene Menschen, steigert die Zahl der Erkrankungen und der Unfälle, vermehrt den Arbeiterwechsel, bringt Bank und Streit und stiftet Unzufriedenheit in den Familien... Es ist das System, welches freie, anständige Menschen rajend machen kann, das den Betrieb zu einem Feind des Menschen macht.“

Wie sich Werner diese Überzeugung erarbeitete, als junger Bergmann in Schlesien und auf Hibernia, als Bergschüler und Steiger, ist sehr interessant zu lesen. Ebenso interessant, oft lustig ist zu lesen, wie Werner die Kumpels sah: den Majoren, den Gebetsvereiter, den christlichen Gewerkschafter, den Sprachhüter Kumpel mit seiner "Wippe", seiner Zafkari, seiner Selbstgerechtigkeit usw.

Neumühl war die Zech, auf der sich Werners Zukunft entfaltete. Nur Neumühl gab es kein Schengelinge, kein Antreiben wie auf Hibernia und Stock und Scherenberg. Was verdient wurde nach dem abgeschlossenen Godine, wurde bezahlt, ob viel oder wenig war. Die Steiger hatten noch ihre per 100 Lit. im Beratungsamt leit und so lief der Dienstbetrieb im Hochleistungsbetrieb frei von Störungen. Das Zusammenarbeiten zwischen Direktor, Betriebsführer und Steigern war glänzend und anständiger Arbeitshandlung wurde nichts in den Weg gelegt. So konnte Werner an 50 erfahrene Kumpels, die unterwärts im Ruhrgebiet beschäftigt waren, nach Neumühl holen und sich seine Kumpel mit Ortsältesten besetzen, wie er sie brauchte. Mit 4,77 M. Selbstkosten übernahm er sein Revier und brachte die Selbstkosten in sechs Monaten auf 4,07 M. herunter, ohne die Bergleute darunter leiden zu lassen.

In der Oberklasse der Bergschule machte Werner schlechtere Erfahrungen als in der Unterklasse. Die Lehrer schätzten er im allgemeinen als sehr sympathisch. Das Strebturnum unter den Schülern der Oberklasse verglistete ihm die Schule.

Auf Neumühl hatte aber das System Stimme, das der rücksichtslosen Unterwerfung, auch Einzug gehalten. Wie Werner diese Entwicklung und die Einwirkung auf das Betriebsgericht erfuhr, ist sehr interessant zu lesen. Diese Umstellung auf Neumühl

die mit hundezweier Behandlung der Steiger Hard in Hand ging, veranlaßte Werner zur Gründung des Steigerverbands.

Sein Buch, dem wir weiteste Verbreitung wünschen, ist ein interessanter Beitrag zur Geschichte des Ruhrbergbaus, eine interessante Biographie und ein wichtiger Beitrag zur Behandlung des Arbeiters im Betrieb.

Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen. Von Paul Hirsch, Otto Stollberg Verlag GmbH, Berlin. In Halbseiten 7,50 M.

Zum ersten Male wird in diesem Buch die Zeit des Weltkrieges und der Umwälzung in ihren besonderen Auswirkungen auf den preußischen Staat und das preußische Volk dargestellt. Es führt also ein in eines der wichtigsten Kapitel der neuzeitlichen deutschen Geschichte. Wenn es dabei zum Träger dieser Entwicklungswelle die Sozialdemokratie macht, so gibt es keineswegs eine reine Parteigeschichte, sondern schildert vielmehr die Entwicklung der Partei auf das allgemeine gesellschaftliche Ereignisse. Von dem Einzug der ersten Sozialdemokraten in das preußische Abgeordnetenkammer im Jahre 1908 bis zum Rath-Kutsch führt die Geschichte Preußens über den alten Staat, den Weltkrieg und die Umwälzung zum neuen Staat. Der Verfasser Paul Hirsch hat an den ersten sozialdemokratischen Abgeordneten gehört; er war der erste preußische Ministerpräsident nach der Umwälzung und gehört heute noch dem Landtag an. Wenn er in seinen Darstellungen ausdrücklich bemerkt, daß sie nach Aufzeichnungen und Erinnerungen aus Parlament und Regierung entstanden seien, so gibt das schon eine Gewähr dafür, daß sie in Vorgänge und Zusammenhänge hineinleuchten, die bisher vielfach indurchsichtig waren. So vermittelt das Buch mit vielen neuen Einblicken eine neue Einsicht in das Werden und Gehen der letzten 20 Jahre, wie selten ein Buch. Kräfte, die den Wiederaufbau hinderten oder förderten, werden in oft neuartiger Beleuchtung gezeigt, ein Stück Zeitgeschichte wird hier von einem Erzähler interessant dargestellt.

Die Lotterie der Arbeiterswohlfahrt,

die am 18. und 19. Dezember d. J. ziehung hat, bringt bei einem Lospreis von nur 50 Pf. als Höchstgewinn ein eingerichtetes Landhaus. Die Hauptgewinne sind gleichfalls Landhäuser. Weitere Gewinne (insgesamt 146 474) nebst zweier Preämien im Gesamtwert von 500 000 M. sind: Mäzziere, Sprechämter, Küchen, Motorräder, Nähmaschinen, Fahrräder. Wer es wünscht, kann auch Bargeld bekommen, denn alle Gewinne sind mit 90 Prozent ihres Wertes in bar auszahlbar. Die Gewinnzahlen sind angefangen von niedrigen Lospreisen außerordentlich günstig, so daß ein Loskäufer nur entspannt machen kann um so mehr als die Zotteln einnahmen nur zu Wohlfahrtszwecken verwendet werden.

Aus dem Ruhrrevier.

Außalt zur Werbung in Mörs.

Gemeinsiges Besinnnis der Verbundfunktionäre zur Organisation.

In der am 27. Oktober im Lokale Krause in Mörs stattgefundenen Funktionärvorlesung der Geschäftsstelle bemühte Kamerad Römer darüber zunächst die immer noch mangelhafte Beziehung statt nun einzelner Bahnhöfen. Er erläuterte die Ortsverwaltungen, bemüht zu sein, die Tragobogen regelmäßiger und pünktlich einzuführen, damit die Geschäftsstellen die erforderlichen Zugaben ihrerseits pünktlich nach Bochum weiterleiten könne. Weiterhin bewies er auf die in Aussicht genommenen Unterrichthalte, welche vom Ortsausschuss Mörs des ADGB für diesen Winter geplant sind. Es sollen sieben Abende veranstaltet werden, zu welchen den Teilnehmern das Fahrgeld sowie 50 Pf. Speisen je Abend gegeben werden sollen. Diese Abende haben in den vorherigen Wintermonaten einen guten Anklang gefunden. Kämper gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Besuch in diesem Jahr ein ebenso gutes sein möge wie im Vorjahr. Er bat die Funktionäre, unsere Kameraden zum Besuch dieser Vortragsabende anzuhalten.

Kamerad Jung forderte die anwesenden Jugendobligenten auf, ganz besonders auf die Junglaureade einzutreten, doch auch sie an den Vortragsabenden teilzunehmen. Gerade unsere jugendlichen Mitglieder können am meisten aus solchen Veranstaltungen lernen. Daraum ist es unabdingt notwendig, daß sie daran in größerer Anzahl als bisher teilnehmen. Sodom hieß Kamerad Jung ein Referat über

die Entwicklung und nächsten Aufgaben

unseres Verbandes. Einleitend wies er darauf hin, daß innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen ständig von einer Fluktuation gesprochen werden könne. Die Mitgliedszahlen seien einer ständigen Schwankung unterworfen. Erfreulicherweise sei festgestellt, daß der Zustand von 1924, welcher durch die Auswirkungen der Inflation und der daraus hervorgegangenen Wirtschaftskrise verschärft wurde, glücklich überwunden und die Mitgliedszahlen der freien Gewerkschaften in ständigen Steigen begriffen seien. Erst einer späteren objektiven Geschichtsschreibung bleibe es vorbehalt, die Tatsache voll und ganz zu würdigen, daß die Gewerkschaften, insbesondere auch unser Verband, es verstanden hätten, trotz dieser schweren Krise den Angriffen des Unternehmertums auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen. Kamerad Jung wies auf die Entwicklung unserer Organisation seit 1924 hin und stellte dabei fest, daß gegenüber der Vorriegszeit eine Aenderung imojoen eingetreten sei, als heute die Lohnbezirke ein wesentlich besseres Organisationsverhältnis hätten als der Ruhrbezirk. Eine der wesentlichen Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung sei der ungemein schwierige und gehässige Kampf, welcher von der Kommunistischen Partei im Ruhrgebiet gerade gegen unsere Organisation geführt wurde. Die Notwendigkeit einer gefundenen Kritik müsse im Interesse des Fortschritts unabdingt bestehen; dieselbe könnte sich aber auch dann nur fördernd auswirken, wenn sie sachlich und anständig geführt würde. Erfreulicherweise sei festgestellt, daß die Geschäftsstelle Mörs auch im letzten Jahre trotz der verfeindenden Tätigkeit der KPD nicht nur ihren Bestand an Mitgliedern gehalten, sondern darüber hinaus noch eine wesentliche Steigerung ihrer Mitgliederzahl verzeichneten könne. Dies sei nicht zuletzt auf die vorbildliche Arbeit einzelner Funktionäre und Kameraden zurückzuführen. Es müsse aber leider gesagt werden, daß es immer nur ein verhindernd geringer Prozentteil unserer Mitglieder war, welcher sich aktiv an der Agitation beteiligte. Der Holzstock mußte in den nächsten Monaten ein bedeutend größeres werden. Sein Kamerad dürfe sich von der bevorstehenden Herbst- und Winteragitation ausschließen. Jeder müsse mit helfen, den Verband durch Ausführung neuer Mitglieder weiter zu stärken.

Die Hilfe der Geschäftsstellenleitung wurde von vornherein in jeder Beziehung zugesagt.

Jung besprach dann des näheren, in welcher Weise die Agitation vorbereitet und durchgeführt werden sollte. Insbesondere legte er Wert darauf, daß den Kameraden, welche ihren Austritt aus dem Verband erklären, unsere ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet würde. Dieselben dürften nicht ohne weiteres aufgegeben werden, sondern es sei unbedingt erforderlich, daß gerade diese Kameraden aufgesucht und zum Weiterbleiben im Verband aufgefordert würden.

Zum Schlusse seiner Ausführungen kam Kamerad Jung noch auf die Beitragsszahlung zu sprechen. Er legte jedem Funktionär ans Herz, dafür zu sorgen, daß unsere Mitglieder auch den statutären Beitrag entrichten. Er schloß seine Ausführungen in der Hoffnung, daß sich auch der Mitgliedsbestand der Geschäftsstelle Mörs durch die vorstehende Agitation wesentlich erhöhen möge.

Das Referat Jungs löste eine lebhafte Diskussion aus, an der sich eine große Anzahl der Funktionäre beteiligte. Einmütig wurden die Bedingungen des Referenten bejaht. Dabei kam der einheitliche Wille zum Ausdruck, durch die verstärkte Agitation zur Stärkung der Organisation und damit zur Besserstellung der Lebenslage und der Arbeitsverhältnisse der deutschen Bergarbeiterchaft zu kommen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung lag eine Entschließung der Geschäftsstelle Mörs in mehr vor, welche sich mit den Unfallgefahren im Bergbau beschäftigte und erstmals die Forderung nach Einführung von weiteren Grubentrolleuren erhob sowie zweitens den Betriebsratsmitgliedern das Recht zuverlaufen wünschte, über die nach den Richtlinien festgelegte Zahl der Beschäftigten hinaus weitere notwendige Verfahrungen zu jeder Zeit vornehmen zu können. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Eine zweite Entschließung derselben Zahlstelle befaßte sich mit der Gewährung der Höhensonnebestrafung an die Verhinderten der Niederrheinischen Knappenschaft. Es wurde darin gewünscht, daß den weiteren von Mörs entfernt wohnenden Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werde, die Höhensonnebestrafung örtlich in Anspruch nehmen zu können. Kamerad Römer wies auf die Gründe hin, welche die Niederrheinische Knappenschaft verhindert hatten, ein schönes Ambulatorium einzurichten und dadurch die Höhensonnebestrafung zentral vorzunehmen. Zudemhin sollte geprüft werden, inwieweit die angeblichen Unzuträglichkeiten berechtigt seien. Von dieser Prüfung würde es abhängen, ob eine Aenderung zweckmäßig erscheine. Beide Entschließungen, die wir weiter unten veröffentlichten, wurden einstimmig angenommen.

Es wurden dann noch einige Missstände der einzelnen Schachtanlagen besprochen und die in Frage kommenden Betriebsratsmitglieder daran erinnert gemacht, in welcher Weise sie für die Besserstellung derselben eintreten müssen.

Kamerad Römer faßte dann in seinen Schluszauszählungen das Ergebnis der heutigen Konferenz zusammen. Dieselbe hat bemisst, daß unser gesamter Funktionärskörper seit zu der Organisation steht, daß er gewillt sei, sich selbst an der bevorstehenden Werbung zu beteiligen, daß jeder einzelne Funktionär seine ganze Kraft für die Stärkung unseres Verbandes einsetzen würde. Er freute sich, diese Ausschaltung machen zu können, und

sollte die zuerst anregend verlaufene Konferenz mit einem besiegten aufgenommenen dreifachen Hoch auf den Verband.

Entschließung I.

Die heutige tagende Konferenz der Gesamtorganisation des Bergbauindustriearbeiterverbands, Geschäftsstelle Mörs, steht einstellig auf dem Standpunkt, daß die Maßnahmen im Bergbau noch energetischer verfolgt werden müssen. Konferenz ist nach eingehender Aussprache der Aussicht, daß die Verfahrungen, die von den Bergarbeiterverbänden ausgeführt werden, nicht genügen, daher in bedeutendem Umfang vermehrt werden müssen. Der Verbandsvorstand wird eracht, daß Schritte zu unternehmen, daß 1. die Zahl der Belegschaft verringert wird, auf die eine Auflösung oder Kontrollierung des Bergbaus entfällt, und 2. den Betriebsausschussgliedern das Recht verleiht wird, über ihre in den Betriebsräten festgelegten Verfahrungen hinaus nach solche Verfahrungen zu jeder Zeit vornehmen zu können, die sie trocken. Absatz 3 Absatz 2 der Richtlinien für notwendig erachtet.

Entschließung II.

Die nachgehenden Instanzen der Knappenschaft, Bezirk Niederrhein, werden darauf hingewiesen, daß die Handhabung der Fälle, wo Bestrafung durch Höhensonne ärztlich verordnet ist, für die Patienten mit unüblichem Zeitaufwand verbunden wird, weil dieselben aus allen Orten zum Krankenhaus Verbannt müssen. Es muß von der Verwaltung der Knappenschaft eine Regelung dieser Behandlung dahin erfolgen, daß den weiter von Mörs gelegenen Orten die Knappenschaftnahme örtlich gewährt wird, soweit örtlich Einrichtungen hierfür bestehen. Den Knappenschaftsräten wird aufgegeben, in diesem Sinne zu wirken.

Aus Mitteldeutschland.

Geschafferte Lohnverhandlungen in der Braunkohle.

Arbeitgeber lehnen Forderungen ab.

Am 15. November fanden in Halle die Lohnverhandlungen über den von den Arbeitnehmerorganisationen geforderten Lohntarif im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau statt. Nach einer eingehenden Begründung der Forderungen durch die Organisationsvertreter, in der auf die günstige Wirtschaftslage der Braunkohlenindustrie und das Mißverhältnis zwischen den Löhnen der Braunkohlenarbeiter zu anderen Industriearbeitern hingewiesen wurde, erklärten die Arbeitgeber, daß sie von den Forderungen sehr überrascht seien. Mit allgemeinen Behauptungen über die „schlechte“ Wirtschaftslage bekräftigten die Unternehmer jedoch die Lohnhöhung. Durch die Arbeitszeitverkürzung und die Begrenzung wäre schon eine Lohnhöhung erfolgt. Die Löhne im Braunkohlenbergbau seien gar nicht so schlecht. Dr. Pätzschel vertrug sich zu der Behauptung, daß die Löhne der Arbeiter in der Braunkohlenindustrie günstiger seien als in allen anderen Industrien.

Die Arbeitgeber blieben ihrer Tradition treu und lehnten es ab, ihrerseits ein Angebot zu machen. Trotz der Löhren aus der Vergangenheit scheint man in Unternehmerkreisen wenig gelehrte zu haben. Infolge der brüderlichen Haltung der Arbeitgeber sind die Verhandlungen gescheitert. Nach dem Abbruch der Verhandlungen nahmen die Arbeitnehmerorganisationen sofort den weiter zu ergreifenden Maßnahmen Stellung. Es wurde ebenfalls beschlossen, den am Sonntag stattfindenden Funktionskonferenzen zu empfehlen, die Klärtage der Arbeitgebervertretungen einzuleiten. Durch das unverständliche Verhalten der Unternehmer droht im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ein schwerer Arbeitskampf auszubrechen.

Kampfslimme in Mansfeld.

Von Sonntag, dem 10. November, hatten die Tarifverbände in Mansfeld ihre Funktionäre zu Konferenzen zusammengeholt, um über die neue Situation zu beraten. Die Organisationsführer gaben Bericht über die Tarifverhandlungen, die am 6. November in Gießen stattgefunden hatten. Von der Mansfeld AG wurden die Forderungen der Belegschaften rundheraus abgelehnt. Sie war vielmehr der Ansicht, daß infolge des Rückgangs der Kupferpreise die Arbeitszeit verlängert und die Löhne abgebaut werden müssten. Die Erklärungen der Organisationsvertreter über diese Verschlechterungsbücher bezüglich der Löhne und der Arbeitsbedingungen durch die Arbeitgeber rief unter den Funktionären lebhafte Entrüstung hervor. Große Unzufriedenheit fanden die Erklärungen der Referenten, daß in Mansfeld nicht ein Lohnabfall, sondern eine Lohnhöhung dringend notwendig sei. Mansfeld steht wirtschaftlich durchaus nicht so schlecht da, wie das seitens der Generalsekretärin geschildert wird. Die Schwarzmalerin von dieser Seite geschieht aus durchsichtigen Grüinden. Neben einer Verlängerung der jetzigen Arbeitszeit ist mit uns überhaupt nicht zu diskutieren. Die Organisationen werden sich mit allen Mitteln gegen derartige Maßnahmen der Arbeitgeber wenden. Die Forderungen der Organisationen, die von den Verhandlungsführern eingehend begründet werden und darauf hinauslaufen, die tarifliche Arbeitszeit wieder einzuführen und auch die Löhne entsprechend den heutigen Leistungsberechnungen zu erhöhen, ließen bei den Arbeitgebern auf den schärfsten Widerstand. Die Arbeitgeber befürworteten u. a. daß durch den Rückgang der Metallpreise für sie für dieses Jahr eine Minderente von etwa einer Million Mark zu verzeichnen wäre. Sie wären infolge des schlechten Abschlusses außerstande, die Verpflichtungen aus dem Schiedsvertrag vom Frühjahr d. J. zu erfüllen. Es kann ihnen deshalb unter keinen Umständen zugemutet werden, unter diesen wirtschaftlichen Verhältnissen eine neue Belastung, wie sie bei der Erfüllung der Arbeitgeberforderung eintreten müßte, zu übernehmen.

Eine Einigung zwischen dem beiderseitigen Standpunkt war nicht zu erreichen. Die Verhandlungen mißten deshalb ergebnislos abgebrochen werden. Die Vertreter der Mansfeld AG erklärten, daß sie nunmehr den Schlachter antreten würden. Derselbe hat inzwischen die Schlachterverhandlungen auf den 18. November festgesetzt.

Von den Funktionären wurde in der Aussprache darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Arbeiter die Durchschnittslöhne, wie sie von der Mansfeld AG angegeben werden, überhaupt nicht erhielt. Es sei ein Skandal, daß es noch Familienältere gäbe, die mit einem Wochenlohn von 28 bis 35 M. nach Hause gehen müssten. Wenn die Mansfeld AG berechtigte und notwendige Forderungen der Arbeiter dauernd mit derartigen Argumenten ablehnt, so darf sie sich nicht wundern, wenn auch einmal den arbeitern der Gebäuden reicht.

Am Schlusse der Konferenz wurde die nachfolgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 10. November 1929 tagende Konferenz nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen mit der Mansfeld AG. Sie erachtet in dem Verhalten der Mansfeld AG nichts anderes als die Hervorhebung ihres alten Machtpolytanates.“

Die Konferenz billigt die Haltung der Gewerkschaftsvertreter und erachtet die Organisationen, mit aller Schärfe in den kommenden Schlachterverhandlungen die Forderungen der Belegschaften zu vertreten. Sollte wider Erwarten auch in den Schlachterverhandlungen eine Einigung nicht erzielt werden

und die Mansfeld AG auf ihrem ablehnenden Standpunkt weiter beharren, so beauftragt die Konferenz die Organisationen sofort die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die aufgestellten Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen.

Die Konferenz stellt sich geschlossen hinter die Forderungen der Gewerkschaften und übernimmt die Verpflichtung, daß deren Anweisungen streng durchgeführt werden.“

Um Nachmittag und Abend fanden in über 20 Orten Bahnstellenverhandlungen statt, die sehr gut besucht waren und sie ebenfalls mit den Tarifverträgen befassten. Die Absichten der Mansfeld AG bezüglich der Verschlechterungen der Arbeitszeit und der Löhne stießen auf den heftigsten Widerstand. Von den Arbeitern wurde erklärt, daß sie bereit wären, alle von den Organisationen vorgeschlagenen Maßnahmen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzuführen. Die Stimmlistung in den Versammlungen war gut.

Schnell an der zugespitzten Lage in Mansfeld trug einzig und allein die Mansfeld AG durch ihre hartnäckige Ablehnung der Forderungen der Arbeiter.

Verunglückter kommunistischer Bergmanns-Siedlerkongress.

Außer vielen anderen Aufgaben ist es bei der KPD zur figürlichen geworden, für allerlei organische Gebilde Kongresse einzuberufen. Zu einem solchen Objekt waren klarlich die mitteldeutschen Bergmannswohnlättengesellschaften, deren Spitze die mitteldeutsche Treuhändergesellschaft für Bergmannsiedlungen ist auszusehen. Durch die seitgenannte sind seit 1920, dem Bestehen der öffentlich-rechtlichen Bestimmungen, nahezu 3000 Wohnungen errichtet worden, von denen wiederum fast 1700 Häuser in den Besitz von Eigenheimern übergegangen sind. Die übrigen Wohnungen sind von den Bergmannswohnlättengesellschaften, die in Form von GmbH.-Gesellschaften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch verwaltet werden müssen, vermietet.

Bon Arbeitern sind 3467 = 92,6 Prozent, von Angestellten 277 = 7,4 Prozent der Wohnungen besetzt. Der durchschnittliche Geldwert einer Wohnung mit etwa 60 bis 70 Quadratmetern Wohnfläche und 800 Quadratmetern Gartenfläche ist mit etwa 5000 M. festgestellt worden. Diese Summe ist natürlich bei den Zinsen- und Mietenberechnung nicht zugrunde gelegt worden. Zur Sicherung des Rücklaufsrechts und zur Verhinderung der Veräußerung der Häuser ist für die mitteldeutsche Treuhändergesellschaft eine Sicherheitshypothek eingetragen, die zur Hälfte verzinslich gemacht ist.

Die Binsen, die der Eigenheimer pro Jahr abzählen muß, bewegen sich zwischen 70 bis 96 M. Die Miete für eine Wohnung beträgt 180 bis 240 M. pro Jahr, je nach Dorf- oder Stadtlage. Ein erheblicher Teil der Wohnungen ist vom Bergbau verlorengangenen haftbar infolge Überwechselung vieler ehemaliger Bergleute in die Industrie der Chemie, insbesondere zum Leunaerwerk. Die um sich moralisch zu einer Ausgleichsvereinigung verpflichtete AG. Farben AG, hat es sonderbarweise abgelehnt, auch nur mit einem Pfennig die ihr zugefallene Wohnungserleichterung den Bergmannswohnlättengesellschaften zu entzögeln. Die Rechts- und Bernigenslage der Treuhändergesellschaften war bisher unsicher und umstritten. In letzte wird — gegen den Willen der Arbeitgeber — durch ein bereits dem Reichstag vorliegendes Gesetz diese Frage rechtsgesetzlich geregelt werden.

Seit Jahr und Tag hat nun die KPD-Leitung versucht, diese geschlossene Siedlergruppe ihren Zwecken dienstbar zu machen. Besonders befürchtet die KPD-Leitung das Aufwertungsgeboten der Treuhänd. Die Häuser sind durchweg in der Inflation von den Eigenheimern gegen ganz auch damals mäßige Papiermarktwerte erworben worden. Später ist in durchaus lokaler Weise mit etwa 80 Prozent der Eigenheimer eine freiwillige Aufwertung in Höhe des von den genannten Zinssendienstes abgeschlossen worden. Die übrigen Eigenheimer verzögerten sich, so daß Prozesse geführt wurden, die ausnahmslos zu Gunsten der Siedler ausfielen. Zu diesem Widerstand hatte die KPD aufgefordert. Sie nannte das Vorgehen der Treuhänd ein Spiebuben- und Betrugsmäander.

Die KPD-Führung hat selbst gestuft, daß das Vorgehen der Treuhänd vollkommen berechtigt war. Es kam ihr nur daran an, die im Verwaltungsrat sitzenden Angestellten unseres Verbandes zu verdächtigen und zu verleumden. Eine Flut von Beschreibungen, von Eiligen und gemeinen Anhöbelungen haben unsere Kameraden über sich ergehen lassen müssen. Besonders der kommunistische Landtagsabgeordnete Schlag war es, der Ichthau in unzähligen Siedlerverhandlungen eine wilde Heze gegen den Verband trieb. Die Siedler sollten sturmreich gemacht werden für die KPD. Zu diesem Zweck war für den 10. November ein „Mitteldeutscher Siedlerkongress“ einberufen worden. Der „Kämpfertum“ kündigte täglich die Anmeldung neuer „Delegiertenkämpfern“ an. Man hatte einen 900 bis 1000 Personen fassenden Saal bestellt und für 400 Delegierte Material vorbereitet. Als Redner waren die Landtagsabgeordneten Schlag und Sobottka sowie der Landtagsabgeordnete Wilhelm Moenne gekommen. Wer aber nicht kam, das waren die Siedler. Ganze 46 Männer von 3800 Siedlern, darunter 6 mitgebrachte Frauen und einige Baumgäste, das war der Erfolg eines seit Jahren gegen die Verbandsleiter betriebenen Heze. Aus den wichtigsten Siedlungen, Geiseltal, Bitterfeld und Borna war ein einziger Abgeordneter erschienen. Der mit so großem Tantam vorbereitete Kongress vertrübtelte sich nach sündhaftlangem Warten auf Buzug in das kleinste Zimmer des Hotels.

Koenen und Sobottka sprachen jeder ganze fünf Minuten von der „Befreiung“ der Siedler aus den Händen der Binsen durch viele Stimmen ein Wahltag für die KPD und verschwanden eiligst, um der Planaage zu entgehen. Schlag war erschlagen. Hundert Verhandlungsversammlungen und Zeitungsartikel waren umsonst vertan. Acht Tage vorher sprach unser Kamerad Hess in Leuna, der besonders von Schlag beeinflußt war. In einer gutbeleuchteten Siedlerverhandlung. Trotz aller Störungsversuche der Kommunisten beschloß ausgerechnet diese Verhandlung gegen nur 4 Stimmen die Ablehnung des Kongresses und sprach den Verbandsvertretern ihr Vertrauen aus. Dort konnte Hess betonen: Wir führen mit den Arbeitgebern in gleicher Stärke im Verwaltungsrat. Alle unsere Wünsche sind nicht restlos zu erfüllen, die Arbeitgeber haben auch Wünsche. In all den Jahren haben jedoch die Kommunisten kein Wort gegen die Arbeitgeber gesprochen und geschrieben, ih. ganzer Hass richtete sich nur gegen die Verbandsvertreter, gegen den Bergbauindustriearbeiterverband.

Wie unfristig das Treiben der KPD ist, beweist am schlagendsten die von unverantwortlichen Dummköpfen zusammengeführte, auf dem „Kongress“ von 20 Mann angenommene Entschließung.

Die von uns unterstützte reichsgeebliche Regelung nimmt ein für allemal die Möglichkeit, daß irgendwie die Siedlungshäuser für Verfahrungen werden können. Dieses Gesetz hat der „Kongress“ abgelehnt und will damit also eine unsichere Haftlagelassen mit der Gefahr des Anhaltes der Häuser an die Werke.

Und solche Leute nennen sich Vertreter der Bergarbeiter! Sie haben die verdiente Abzug erhalten. Im mitteldeutschen Bergbau haben die Siedler abgewirtschaftet!

Ihre Ausleihung. Über nicht nur bei rheumatischen, sondern auch bei neurologischen Leiden und katerholischen Erkrankungen verfügen sie nach zahlreichen ärztlichen Berichten Gutes zu leisten.

Die schönste Puppe! Welches Kind möchte eine solche Puppe nicht als Spielgefährte haben? Die allsorts seit Jahren bekannte Firma Milon Gehler, Puppenfabrik, Steinach (Thür. Wald), wird auch in diesem Jahr ihre Kunden voll aufzuwiedersetzen, dies beweisen die täglich einlaufenden Dankesbriefe. Der Bezug direkt aus eigener Fabrik ist immer ein Vorteil für Sie. Wir verweisen auf die in dieser Zeitschrift erscheinende Anzeige.

Unter Tage

ein guter Begleiter ist der würzige und billige

GEG

Kautabak

aus reinem Kentucky mit feinsten Zutaten

In Rollen Stangen Bündeln und Hufeisenform

nur im Konsumverein

Musikwaren aller Art, billig und gut!

Zehntausend Nachbestellung sind der beste Beweis



Woll & Comp., Klingenthal Sa. Nr. 687
Gr. Katalog m. üb. 600 Abb. Viele Taus. Dankschr.
Autr. v. M. 10.- an portofr. Schallpl. v. M. 1.60 an.

Billige böhmische

Bettfedern

Nur keine gut füllende Sorten.

1 Kilo graue geschliffene, Gm. 3.-, hellweiße 4.-, weiße 5.-, beige 6.-, 7.-, daunenweiße 8.-, 10.-, beige Sorte 12.-, 14.- Gm.

Ungeöffnete Hufbeden Gm. 7.50, bessere Gm. 9.50, beste Sorte 11 Gm.

Verkauf portofrei, zollfrei gegen Rechnungnahme.

Fräser frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes 209

bei Bilsen in Böhmen.

Wirklich
Pflaumenmus

gar. rein. m. Zuck. eingek. Ztr. 39.-, 1/2 Ztr. 20.-

Eimer 25 Pfd. 10.-; 10 Pfd. 4.75

einheitl. Gel. Nachn. ab Magdeburg. (Preisl. gral.)

Jasnick & Richter, Magdeburg 19.

2-Holz-Betten

Stahlmatratzen

Kinderbett, Polster, Schlafzimmer, Chaiselong.

an Private, Ratenzahlung. Katalog 755 frei.

Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.)

Prachtvolle Weihnachtsgeschenke!

ANZUG PALETTOT DANEN

LIEFERT DIREKT AN PRIVATE

SCHWETASCH & SEIDEL G.M.B.H.

Tuchversand-u. Fabrik. SPREMBERG-L.45

VERLANGE SIE GEGEN FRANKO

VERLANGE SIE GEGEN FRANKO